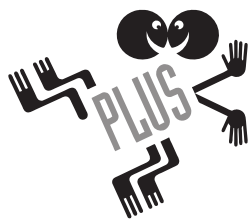


PLUS. Psychologische Lesben- und
Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V.

SICHER OUT?

**Geschützt vor Diskriminierung und Gewalt
in der Region Rhein-Neckar?**

Dokumentation zur Kurzbefragung 2018



PLUS. Psychologische Lesben- und
Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V.

SICHER OUT?

Geschützt vor Diskriminierung und Gewalt
in der Region Rhein-Neckar?

Dokumentation zur Kurzbefragung 2018

Die Dokumentation wird gefördert von



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

 Heidelberg

In Kooperation mit

STADT MANNHEIM²

Demokratie und Strategie
LSBTI-Beauftragter



Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Interessierte,

als Stadt, die Menschen aus der ganzen Welt anzieht, um hier zu arbeiten, zu forschen oder zu studieren, ist Heidelberg's Weltoffenheit ein entscheidender Faktor seiner Attraktivität und Anschlussfähigkeit. Deshalb verstehen wir den präventiven Einsatz gegen Diskriminierung und Hass als Zukunftsaufgabe, um die Lebensqualität von Heidelberg zu bewahren und allen Menschen ein friedliches und sicheres Zusammenleben in Vielfalt zu ermöglichen.

Dass lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, trans- und intersexuelle sowie queere (kurz: lsbtqi) Menschen immer noch in deutlich erhöhtem Maße Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind, belegen die Ergebnisse der Kurzbefragung „Sicher out?“. Im Rahmen der Umfrage berichteten mehrere hundert Menschen aus Heidelberg und der Metropolregion Rhein-Neckar von ihren Erfahrungen, darunter Beleidigungen bei öffentlichen Gesten gleichgeschlechtlicher Zuneigung wie Händchenhalten oder Küssen. Andere schilderten Bedrohungen und Gewalt, weil sie nicht klassischen Geschlechterbildern entsprechen.

Die Stadt Heidelberg nimmt die Ergebnisse der Umfrage sehr ernst und möchte künftig noch konsequenter gegen diese Formen von Gewalt und Abwertung vorgehen. Ich danke den Autorinnen Margret Göth und Angela Jäger von PLUS Rhein-Neckar e. V. für die mit hoher fachlicher Kompetenz und großem Engagement durchgeführte Befragung.

Mein herzlicher Dank gilt aber auch dem engagierten Team von PLUS. Seit fast 20 Jahren bietet der Verein Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität Diskriminierung erfahren, Rat, Unterstützung und Empowerment. Gleichzeitig sensibilisiert das Team von PLUS mit hoher fachlicher Expertise Verwaltungen, Bildungsträger und Zivilgesellschaft in der Metropolregion zu Fragen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und ist ein wichtiger Partner unserer Antidiskriminierungs- und Präventionsarbeit.

Doch eine offene, vielfältige und wehrhafte Demokratie wird getragen von den Menschen, die sichtbar dafür einstehen und sich engagieren. Wir alle sind gefordert, uns für ein Klima gegenseitiger Wertschätzung einzusetzen und Zivilcourage zu zeigen, wenn Menschen herabgewürdigt werden.

Die Dokumentation der Befragung „Sicher Out?“ bietet hierfür wichtige Impulse.

Ihr



Wolfgang Erichson,
Dezernent für Umwelt, Bürgerdienste und Integration,
Stadt Heidelberg



Liebe Leser*innen,

Vielfalt ist eine urbane Lebenswirklichkeit. Auch Mannheim als moderne Metropole ist geprägt von einer Pluralität an menschlichen Identitäten und Lebensentwürfen. Daraus ergibt sich sowohl für die Stadtverwaltung als auch die gesamte Stadtgesellschaft die Herausforderung, ein gelingendes Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft zu gestalten.

Mannheim setzt hierbei in besonderem Maße auf ein von Respekt, gegenseitiger Wertschätzung und stetem Dialog geprägtes städtisches Klima. Mit der Mannheimer Erklärung und dem Mannheimer Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt hat die Stadt Mannheim in Zusammenarbeit mit der engagierten Stadtgesellschaft zwei wirksame Instrumente entwickelt, um sich aktiv für die gesellschaftliche Akzeptanz, Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt und somit ein respektvolles Zusammenleben in unserer Stadt einzusetzen.

Von der Kommunalpolitik befördert und getragen von der Mannheimer Stadtgesellschaft können wir heute auf ein überwiegend respektvolles und friedliches Miteinander unterschiedlicher Identitäten, Nationalitäten, Kulturen und Religionen blicken.

Trotz aller Erfolge dürfen jedoch bestehende Schwierigkeiten nicht verschwiegen werden. Das Ergebnis der Befragung „Sicher Out?“, dass auch heute noch viele Menschen aufgrund ihrer wahren oder vermuteten sexuellen oder geschlechtlichen Identität, ihres Geschlechtsausdrucks oder aufgrund vielfältiger Geschlechtsmerkmale Ausgrenzung und Übergriffe erleben, ist alarmierend. Genauso problematisch ist der Befund, dass fast alle Teilnehmenden der Umfrage angaben, sich selbst im Alltag in ihren Freiheiten einzuschränken, um keine Diskriminierungserfahrungen zu machen.

Im Rahmen des Leitbildprozesses Mannheim 2030 wurde das strategische Ziel formuliert: „Mannheim bietet eine vorbildliche urbane Lebensqualität mit hoher Sicherheit als Grundlage für ein gesundes, glückliches Leben [...]“. Dieser Anspruch gilt selbstverständlich auch für alle lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen und intergeschlechtlichen Menschen, die in Mannheim ihren Lebensmittelpunkt haben und sowohl selbstverständlicher als auch wertvoller Teil der Stadtgesellschaft sind.

Aus diesem Grund freue ich mich, dass mit Unterstützung der Stadt Mannheim die Befragung „Sicher Out?“ durchgeführt werden konnte. Die Erkenntnisse daraus werden eine wertvolle Hilfe dabei sein, unserem Ziel eines friedlichen, respektvollen aber vor allem auch sicheren Zusammenlebens in Vielfalt ein Stück näher zu kommen.

Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang meinen großen Dank den Autorinnen Angela Jäger und Margret Göth ausdrücken, die durch ihren bemerkenswerten ehrenamtlichen Einsatz die Befragung „Sicher Out?“ erst ermöglicht haben.

Mannheim, im Mai 2019

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister,
Stadt Mannheim

Angeregt wurde die Befragung „Sicher Out?“ durch den LSBTTIQ-Beauftragten der Stadt Heidelberg Danijel Cubelic, Amt für Chancengleichheit, und den LSBTI-Beauftragten der Stadt Mannheim Sören Landmann, Fachbereich Demokratie und Strategie. Ausgehend von ihren Fragen und Anregungen sowie bisher vorliegenden Studien konzipierten Angela Jäger und Margret Göth von PLUS, der Psychologischen Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V. die Erhebung und Auswertungen. Die Ergebnisse wurden zunächst für den Austausch im Rahmen eines gemeinsamen Runden Tisches der Städte Heidelberg und Mannheim mit dem Polizeipräsidium zum Thema im November 2018 ausgewertet. Im Frühjahr 2019 erfolgte eine zweite umfassendere Auswertung sowie die Ausarbeitung der vorliegenden Dokumentation. Die gesamte Arbeit seitens PLUS erfolgte ehrenamtlich. Die Sachkosten für Druck, Layout sowie die Übersetzungen der Zusammenfassung wurden durch die Heidelberger Partnerschaft für Demokratie, das Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg sowie den Fachbereich Demokratie und Strategie der Stadt Mannheim ermöglicht.

1. Einleitung – was wissen wir schon?	9
2. Befragung – wer hat geantwortet?	11
2.1. Online-Befragung	11
2.2. Die Teilnehmenden der Befragung	12
3. Ergebnisse – welche Erfahrungen machen Isbttiq Menschen im öffentlichen Raum?	15
3.1. Erfahrungen innerhalb der letzten 12 Monate	15
3.2. Erfahrungen innerhalb der letzten 10 Jahre	16
3.3. Betroffenheit und Unterstützungsstrukturen	17
3.4. Erfahrungen im Umgang mit der Polizei	18
3.5. Einschätzung der Sicherheit im öffentlichen Raum	19
3.6. Zwischenfazit	19
4. Wie verhalten sich Isbttiq Menschen im öffentlichen Raum?	21
4.1. Strategien der Unsichtbarkeit	21
4.2. Erwartete Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum	22
4.3. Zwischenfazit	23
4.4. Überlegungen zu berichteten Erfahrungen und erlebter Sicherheit	23
5. Wünsche und Anregungen für Veränderungen	25
5.1. Wünsche und Anregungen an die Verwaltungen und Beauftragten	25
5.2. Wünsche und Anregungen an die Polizei	26
5.3. Wünsche und Anregungen an Beratungsstrukturen	27
6. Fazit	29
Out and safe?! – Results of a brief survey in November 2018	31
2018 "خارجة وآمنة؟! نتایج دراسة استقصائية موجزة في نوفمبر 2018	33
Impressum	38

Hinweis zu Schreibweisen und Begriffen:

Wir verwenden den *Gender Gap*. Die Schreibweise Xx_innen schließt Frauen, Männer und alle anderen Geschlechter mit ein. In den Zitaten der Befragten werden auch andere Formen, etwa das „I“ oder das „*“ verwendet – so wie dies jeweils angegeben wurde.

Zwei möglicherweise nicht allgemein bekannte Begriffe möchten wir an dieser Stelle kurz erläutern:

Cis-geschlechtlich bezeichnet in Anlehnung an Sigusch¹ Menschen, bei denen die Geschlechtsidentität mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt.

Nicht-binär bezeichnet das Geschlecht von Menschen jenseits der Einordnung in männlich und weiblich.

Wir danken den Beauftragten und den Runden Tischen der Städte Heidelberg und Mannheim für die Setzung des Themas und das Engagement, die Sicherheit von Isbttiq Menschen in der Öffentlichkeit zu verbessern. Ein besonderer Dank gilt den Menschen, die sich die Zeit genommen haben, umfassend und ausführlich über ihre Erfahrungen, Anregungen und Wünsche zu berichten.

Herzlicher Dank gilt auch Daniel Pientka für seine Unterstützung bei der Kategorisierung der zahlreichen Rückmeldungen sowie Kai Wiedemann für seine Jagd auf unsere Schreib- und Formulierungsfehler. Des Weiteren danken wir dem Team und dem Vorstand von PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V. für die Unterstützung und Inspiration.

¹ Sigusch V (1991) Die Transsexuellen und unser nosomorpher Blick. Zeitschrift für Sexualforschung, 4, 225-256 und 309-343.

1. Einleitung – Was wissen wir schon?

Wie sicher fühlen sich lesbische, schwule, bi- und transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere (kurz: lsbtqi) Menschen auf der Straße, am Bahnhof oder nachts auf dem Weg nach Hause? Mit welcher Selbstverständlichkeit können sie diese öffentlichen Räume in der Rhein-Neckar-Region nutzen? Müssen sie immer noch Angst davor haben, öffentlich Zuneigung zu zeigen oder Geschlechterklischees nicht zu erfüllen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Kurzbefragung „Sicher Out?“, die im Herbst 2018 in Vorbereitung einer gemeinsamen Sondersitzung des Runden Tisches LSBTTIQ Mannheim und des Runden Tisches sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Heidelberg zum Thema Sicherheit durchgeführt wurde.

Aktuelle internationale und deutsche Studien bestätigen, dass Menschen, die als homosexuell oder nicht cis-geschlechtlich wahrgenommen werden, Diskriminierung und Gewalt in allen Lebensbereichen erfahren. Die umfassendste Befragung zu Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Männern in Deutschland führte MANEO 2006/2007 sowie 2007/2008² durch. Insgesamt 41.426 Männer nahmen an den beiden Befragungen teil. 36% bzw. 41% der Befragten gaben an, in den letzten 12 Monaten Gewalt ausgesetzt gewesen zu sein. Dabei nannten 27% bzw. 28% erlebte Bedrohung als subjektiv bedeutsamsten Vorfall. 5% bzw. 9% erlitten Körperverletzungen und 4% Eigentumsdelikte. Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen lesbischer, bisexueller Frauen und Trans*Menschen untersuchte 2012 der Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V. LesMigraS³. In dieser Studie wurden zudem umfassend Mehrfachdiskriminierungen erhoben. Auch hier gaben die Befragten ein hohes Maß an Diskriminierungserfahrungen (82%) und körperlichen Angriffen (18%) im öffentlichen Raum an.

Aufgrund unterschiedlicher Vorgehensweisen sind die Ergebnisse der einzelnen Studien nicht direkt vergleichbar. In einer fachwissenschaftlichen Analyse kommen Soine & Zinn⁴ aber zu dem Schluss: „Unter den Folgen haben lesbische Frauen und schwule Männer zu leiden: die Traumatisierung durch Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen sowie die Angst vor derartigen Erlebnissen führt zu einem präventiven Ausweichverhalten. Gefühlsäußerungen werden je nach aktu-

eller ‚Sicherheitslage‘ reglementiert und kontrolliert. Und schlimmer noch: Von vielen wird Homophobie derartig verinnerlicht, dass Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen wie auch das eigene Ausweichverhalten kaum mehr wahrgenommen werden.“

Für die Rhein-Neckar-Region gibt es allerdings kaum belastbare Zahlen zum Thema. Die bisher vorliegenden, relevanten Studien dokumentieren folgende wichtige Punkte:

2006 führte PLUS e.V. eine erste Onlinebefragung unter dem Titel „Schwule klatschen und Mannweiber anpöbeln“⁵ durch. Von den 108 Teilnehmer_innen aus Mannheim und der Region berichteten 11 von körperlicher Gewalt. Dies geschah in zwei Dritteln der Fälle im öffentlichen Raum. Insgesamt wurden 137 konkrete Fälle von Beleidigung, Beschimpfung und Bedrohung berichtet. Auch diese ereigneten sich zum Großteil gerade dann, wenn sich die Befragten im öffentlichen Raum als lesbisch oder schwul zu erkennen gaben.

2014 erhob das Sozialministerium Baden-Württemberg⁶ Informationen zur Lebenssituation von lsbtqi Menschen im Bundesland. Von den 2.144 Teilnehmenden berichteten 54% von Diskriminierung und Gewalt, am häufigsten wurden als Orte dieser Erfahrungen die Öffentlichkeit und die Familie genannt.

2017 erfragte VelsPol⁷ Erfahrungen mit Hasskriminalität in Baden-Württemberg. Diese Online-Erhebung rief lsbtqi Menschen im Bundesland dazu auf, konkrete Fälle von Hasskriminalität zu benennen. 274 Befragte berichteten daraufhin von Straftaten, die sie aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität erleben mussten. Ein bemerkenswertes Ergebnis dieser Studie ist, dass nur 13% von ihnen anschließend Anzeige bei der Polizei erstatteten.

Auf der Grundlage dieser vorliegenden Ergebnisse war das Ziel der Befragung „Sicher Out?“, spezifische Rückmeldungen und Zahlen zur aktuellen Situation in der Rhein-Neckar-Region zu erheben und damit eine genauere und evidenzbasierte Grundlage für die Gespräche zwischen Community, LSBTTIQ-Beauftragten, Stadt- und Kreisverwaltungen sowie dem Polizeipräsidium Mannheim zu schaffen und die weitere Entwicklung von passgenauen Maßnahmen und Angeboten zu gewährleisten.

² MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2009) (Hrsg) Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2 (2007/2008) Verfügbar unter: <http://www.maneo.de/infopool/dokumentationen.html> (Stand: 27.04.2019).

³ LesMigraS (2012) „...nicht so greifbar und doch real“ - Ergebnisse der LesMigraS-Studie zu Gewalt- und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen von lesbischen/bisexuellen Frauen und Trans*Menschen in Deutschland. Verfügbar unter <http://www.lesmigras.de/ergebnisse.html> (Stand: 27.04.2019).

⁴ Soine S & Zinn A (2006) Lesben und Schwule – auf unterschiedliche Weise Opfer von Übergriffen. In: Heitmeyer W & Schröttle M (Hrsg) Gewalt Beschreibungen – Analysen – Prävention. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

⁵ Haas B & Reipen M (2006) „Schwule klatschen und Mannweiber anpöbeln.“ Onlinebefragung zu Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen bei Lesben und Schwulen in der Rhein-Neckar-Region. PLUS, Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V. Verfügbar unter <http://www.plus-mannheim.de/images/stories/gewaltstudie.pdf> (Stand: 27.04.2019).

⁶ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2014) (Hrsg) Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg. Verfügbar unter: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf (Stand: 27.04.2019).

⁷ VelsPol Baden-Württemberg – Das Mitarbeitendennetzwerk für LSBTI-Beschäftigte in der Polizei und Justiz <https://www.velspol-bw.de>. Die Ergebnisse wurden mündlich mitgeteilt.

2. Befragung – Was war das Ziel? Wer hat geantwortet?

2.1. Die Online-Erhebung „Sicher Out?“

Die Kurzerhebung „Sicher Out?“ fand als Online-Befragung im Zeitraum vom 3.–18.11.2018 statt. Eingeladen, den kurzen Fragebogen auszufüllen, waren alle lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen, queeren und nicht-binären Menschen im Alter ab 16 Jahren mit Lebensmittelpunkt in Mannheim, Heidelberg oder dem Rhein-Neckar-Kreis.

Ziel war es, einen ersten Überblick zu erhalten, wie sicher und offen lesbische, schwule, transgender, transsexuelle, bisexuelle, intersexuelle, queere und nicht-binäre Menschen in Mannheim, Heidelberg oder dem Rhein-Neckar-Kreis leben und welche Erfahrungen sie im öffentlichen Raum machen.

Die Kurzbefragung wurde in einer Pressemeldung der Stadt Heidelberg angekündigt sowie über Facebook gepostet und über soziale Medien beworben. 7.600 lsbtqi Menschen sahen den Post. Ein Werbebanner zur Befragung wurde über das Queere Netzwerk Heidelberg sowie die Heidelberger Initiative Identität & Geschlechtlichkeit geschaltet und von Community-Organisationen, Individuen und dem Social-Media-Feed der Stadt Mannheim geteilt. Zudem wurden gezielt Einzelpersonen und Gruppen über verschiedene Verteiler auf die Befragung aufmerksam gemacht: PLUS e.V. nutzte die Newsletter von PLUS, um gezielt Menschen der Region auf die Befragung aufmerksam zu machen. In Heidelberg kontaktierte der Beauftragte für die Belange von lsbtqi Menschen die in Heidelberg getrauten, gleichgeschlechtlichen Paare (ca. 300 Paare) ebenso wie die 20 beim Runden Tisch mitarbeitenden Heidelberger Community-Organisationen. In Mannheim informierte der LSBTI-Beauftragten ca. 30 Gruppen und Institutionen und ca. 40 weitere Personen. Zudem informierten das Queere Netzwerk Heidelberg sowie die SchLiMm, das Offene LSBTTIQ Netzwerk Mannheims, elektronisch über die Befragung.

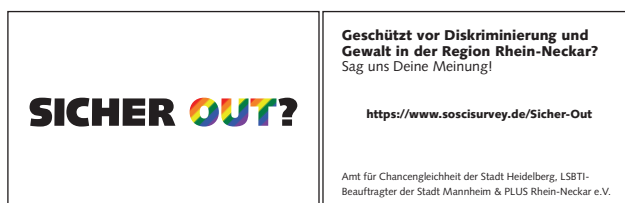


Abbildung 1: Visitenkarte zur Werbung um Beteiligung an der Befragung, (c) Fuchs & Otter, Heidelberg

Darüber hinaus wurden Menschen auf Partys, in Bars und Veranstaltungen angesprochen. 1.500 Visitenkarten (siehe Abbildung 1) wurden sowohl beim GAYWERK Mannheim, auf der Halloweenparty im Karlstorbahnhof Heidelberg, im Heaven Ludwigshafen, in der Unheilbar Heidelberg, im Pony Club Mannheim und bei der Queer Weekend Lounge Mannheim verteilt als auch in Mannheim im Café Klatsch und im Kußmann sowie in verschiedenen Cafés in Heidelberg (P11, Mildner's, Coffee Nerd, Pannonica, universitäre Cafés) und beim Queer Friedrich. Zudem konnten die Veranstaltungen zur Trans*Aktionswoche 2018 im Karlstorbahnhof in Heidelberg genutzt werden: Auch hier erhielten Besuchende die Visitenkarte.

In den Anschreiben wie auch bei der persönlichen Ansprache wurde kommuniziert, dass die Ergebnisse für die Diskussion mit den kommunalen Verwaltungen und der Polizei genutzt werden sollen. Dies stellte einen wichtigen Anreiz für die Teilnahme an der Befragung dar. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass eine Teilnahme explizit erwünscht ist, auch wenn persönlich keine Gewalt erfahren wurde.

Konzeptionell zielte die Befragung auf das Erfassen konkreten Verhaltens, konkreter Erfahrungen sowie genereller Erwartungen. Der grundlegende Aufbau ist in Abbildung 2 skizziert. Die Erhebung war so angelegt, dass nach einer Verortung in der Zielgruppe zunächst leicht zu beantwortende Fragen zu konkreten, alltäglichen Vermeidungsstrategien und zum persönlichen Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum folgten. Anschließend wurden die Befragten um eine Einschätzung gebeten, für wie wahrscheinlich sie es hielten, in den kommenden 12 Monaten bestimmte Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen zu erleben. Dies ermöglicht das benannte persönliche Sicherheitsgefühl besser einzuordnen und zu beschreiben.

Im Anschluss daran wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, sich mehr Zeit zu nehmen und Fragen zu konkreten, persönlichen Erfahrungen von Diskriminierung und Gewalt in der Öffentlichkeit zu beantworten oder nur noch auf abschließende Fragen zu reagieren. Zum Ende wurden alle Befragten um einige soziodemografische Angaben gebeten sowie Raum gegeben, um Wünsche, Ideen und Anregungen an Politik und Verwaltung, an die Beauftragten in Mannheim und Heidelberg, an die Polizei sowie an die Beratungsangebote der Region zu äußern.⁸

Mit diesem Vorgehen konnten – im Rahmen der Möglichkeiten für Vorbereitung der Befragung und Auswertungen für die Sondersitzung des Runden Tisches – viele lsbtqi Menschen der Region zu einer kurzen Rückmeldung angeregt werden. Gleichzeitig wurde ein tieferer Einblick in die Sicherheitssituation und die Erfahrungen von lsbtqi Menschen gewonnen.

⁸ Auf Anfrage stellen wir den Fragebogen gerne zur Verfügung.

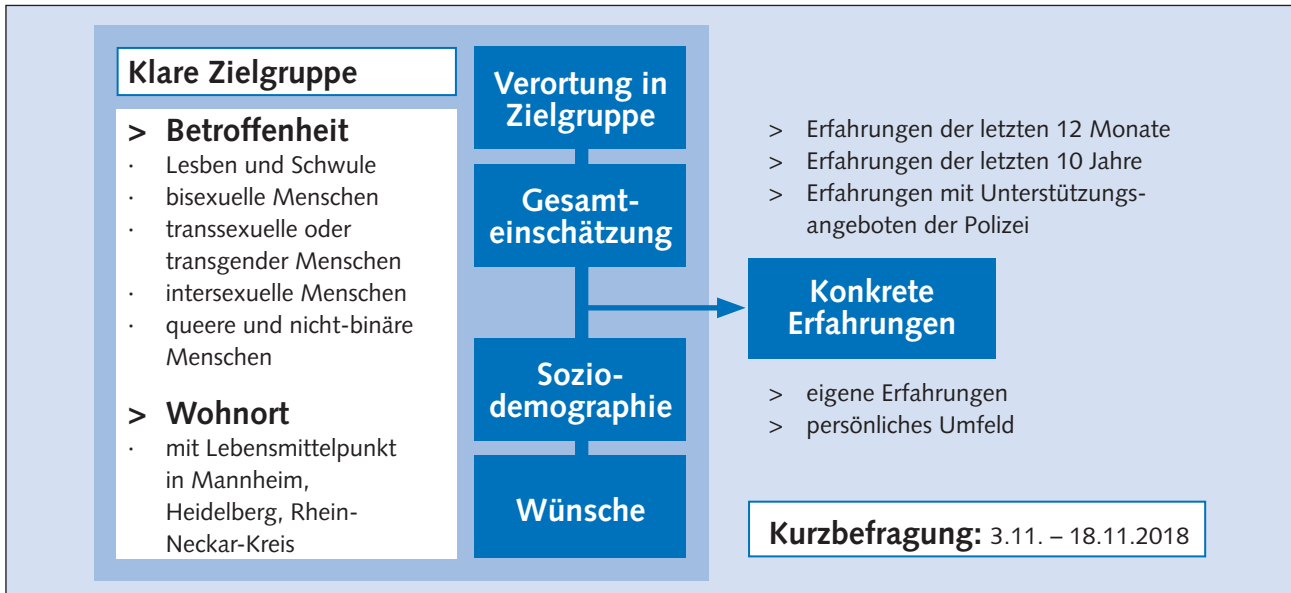


Abbildung 2: Inhalt und Struktur der Befragung Sicher-Out?

Die Fragen im vertiefenden Teil betrafen konkrete Erfahrungen im öffentlichen Raum in den letzten 12 Monaten – ausgehend von der Annahme, dass für diesen, noch überschaubaren Zeitraum, die Erinnerungen gut abrufbar und somit auch beschreibbar sind. Dabei wurden sowohl eigene, persönliche Erfahrungen berücksichtigt als auch Vorfälle im konkreten Umfeld, d.h. Situationen, die selbst beobachtet und persönlich bezeugt werden konnten, wie auch Situationen, die den Befragten persönlich berichtet wurden.

In den Blick genommen wurden dabei spezifische Diskriminierungs- und Gewaltvorfälle im öffentlichen Raum: Konkret wurde unterschieden zwischen den Kategorien Beschimpfung (inklusive Beleidigung, Auslachen oder Bespucken), direkte Bedrohung, Beschädigung von Eigentum und Diebstahl, körperliche Gewalt, sexuelle Belästigung, sexueller Übergriff sowie versuchte Vergewaltigung oder Vergewaltigung. Für die Berichte und Situationen als Zeug_innen wurde um eine Bewertung des Bezugs zur Identität als lesbttiq Mensch gebeten. Alle Menschen, die konkrete Gewalterfahrungen berichteten, konnten zudem ihren Umgang mit diesen sowie ihre Erwartungen und Erlebnisse hinsichtlich der Unterstützung durch Polizei, Beratungsangebote oder sonstige Hilfen benennen. Abschließend zu diesem Block wurde versucht, mit einem Blick auf die Zeit zwischen 2007 und 2017 die Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in einem größeren Zeitraum zu fassen. Ausgehend von dem Gedanken, dass schwerwiegende Gewalterfahrungen über eine lange Zeit, wenn nicht lebenslang, erinnert werden, also gut zu erfragen sind, sollte so sichergestellt werden, dass schwerwiegende Gewalterfahrungen nicht übersehen werden, auch wenn sie außerhalb des erfragten Zeitraums lagen. Außerdem sollte ermöglicht werden, Hinweise auf potentielle Veränderungen zu erheben.

2.2. Die Teilnehmenden

Die Online-Befragung „Sicher Out?“ wurde 1.101 Mal aufgerufen. 553 Menschen begannen mit den ersten Fragen. 10 Personen gehörten nicht zur Zielgruppe, 68 Menschen brachen nach den ersten Fragen ab. 28 weitere wollten keine Auskünfte zu wesentlichen Fragen geben und weitere 30 hatten sich nach eigenen Angaben bzw. angesichts der vielen fehlenden Antworten offensichtlich nur die Fragen angeschaut; auch diese Personen mussten von den Analysen ausgeschlossen werden. Im Ergebnis konnten die Angaben von 416 Menschen für Auswertungen genutzt werden.

Angesichts des kurzen Zeitraums und der regionalen Beschränkung der Befragung ist dies ein bemerkenswert hoher Rücklauf. Dies ist nicht nur ein deutliches Signal für das große Interesse am Thema, sondern zeigt auch, dass es offensichtlich gut gelang, die Zielgruppe anzusprechen. Eine solche positive Einschätzung spiegelte sich auch in den Rückmeldungen der Befragten zur Befragung selbst: Mehreren Teilnehmenden war es wichtig, am Ende des Fragebogens ihren Dank auszudrücken – für die Studie an sich wie auch für die Möglichkeit, die eigenen Erfahrungen an Verwaltung, Polizei und Politik zurückzumelden. Zwei Teilnehmende wünschten eine regelmäßige Wiederholung einer solchen Befragung und es gab die Bitte, die Ergebnisse per Mail rückgemeldet zu bekommen.

Ebenso hervorzuheben ist, dass mit der Kurzbefragung – wie geplant – eine große Vielfalt an Identitäten und Lebenssituationen erreicht werden konnte: Die 416 Teilnehmenden kamen aus der ganzen Region: 41% lebten in der Stadt Mannheim,

27% in der Stadt Heidelberg, 17% im Rhein-Neckar-Kreis und 15% hatten einen Wohnsitz außerhalb dieser Region, hielten sich aber regelmäßig in der Region auf. Fast die Hälfte (46%) waren Alteingesessene und lebten schon seit 20 Jahren und länger in der Region. Für 40% war die Region seit 4–19 Jahren Lebensmittelpunkt und nur für 13% seit weniger als 3 Jahren.

Auf die Frage nach ihrer geschlechtlichen Identität/ihrem Geschlecht gaben 22 Befragte (5%) nicht-binär, divers oder anderes, nämlich agender, genderfluid und „tendiere zu genderfluid“ an. 188 Befragte (45%) identifizierten sich als Frau, darunter 12 als Transfrau, und 206 (50%) als Mann, darunter 6 als Transmann. Als sexuelle Orientierung bzw. Identität gaben 78 (19%) gleichgeschlechtlich orientiert bzw. bisexuell an, 124 (30%) lesbisch, 196 (47%) schwul und 4% weitere Bezeichnungen, wie asexuell, queer oder unentschieden.

Die Teilnehmenden deckten ein breites Altersspektrum ab. 28% aller Befragten waren unter 27 Jahren, davon 1% unter 18 Jahren. 35% waren im Alter zwischen 28 und 44 Jahren und 25% im Alter von 45 Jahren oder älter, wobei nur 0,5% der Kategorie 65 Jahre oder älter zuzuordnen waren. 11% beantworteten die Frage nach ihrem Alter nicht.

Beruflich war die Mehrheit (56%) angestellt oder als (Fach-)arbeiter_in tätig. 27% befanden sich in Ausbildung, im Studium oder lernten an einer Schule. Immerhin 9% der Befragten waren selbstständig, 5% waren verbeamtet, 3% bereits im Ruhestand. Weitere 5% waren arbeitslos, Hausfrau/-mann, geringfügig beschäftigt oder aus anderen Gründen nur sehr begrenzt oder gar nicht am Arbeitsmarkt aktiv.

Knapp ein Drittel der Befragten (31%) lebte allein, die Mehrheit (69%) wohnte mit anderen Menschen zusammen. 22% der Befragten lebten mit Kindern in einer Lebensgemeinschaft und trugen Verantwortung für sie. Eine Person lebte in einer staatlich zugewiesenen Sammelunterkunft.

3% der Befragten gaben an, aufgrund ihrer Hautfarbe üblicherweise im öffentlichen Raum als anders wahrgenommen zu werden, also rassistische Ausgrenzung zu erleben. Weitere 3% der Befragten bejahten, diese Erfahrungen nicht immer, aber hin und wieder zu machen. Der überwiegende Teil der Befragten (89%) gab an, diese Erfahrung persönlich nicht erleben zu müssen. Lediglich 21 Befragte beantworteten diese Frage nicht.

In den folgenden Kapiteln werden die Erfahrungen und Angaben der Teilnehmenden dargestellt. Dabei werden die Berichte zwischen Befragten unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung sowie von Menschen mit rassistischen Ausgrenzungserfahrungen und ohne diese Erfahrungen verglichen.

Bezüglich des Geschlechts werden dabei zwei Unterscheidungen vorgenommen. Einerseits wird zwischen den drei Gruppen Frauen, Männer und Menschen, die sich nicht diesen beiden Kategorien zuordnen wollten, sondern sich als nicht-binär, divers oder mit eigenen Worten anders bezeichneten, verglichen. Dies ermöglicht es, primär die Erfahrungen von Frauen mit denen von Männern zu vergleichen. Im Text sprechen wir in Bezug auf diese Unterscheidung von Frauen und Männern. Andererseits wird zwischen den 376 Menschen unterschieden, die ein Kreuz bei den Kategorien Frau und Mann setzten, und den 40 Menschen, die sich als Transmänner oder Transfrauen oder als nicht-binär, divers oder mit eigenen Worten anders bezeichneten. Diese Einteilung bietet im Rahmen der vorliegenden Fallzahlen eine Annäherung an die Unterscheidung zwischen den Erfahrungen von cis-geschlechtlichen Menschen in Abgrenzung zu denen von nicht-binären und transsexuellen Menschen. Im Text sprechen wir in Bezug auf diese Unterscheidung von cis-geschlechtlichen bzw. nicht-binären und transsexuellen Menschen.

3. Ergebnisse – Welche Erfahrungen machen lsbttiq Menschen im öffentlichen Raum?

3.1. Erfahrungen innerhalb der letzten 12 Monate

Gefragt wurde nach konkreten Erfahrungen im öffentlichen Raum, das heißt beispielsweise nach Erlebnissen auf der Straße, in der eigenen Nachbarschaft, an einer Haltestelle, am Bahnhofsvorplatz oder nachts auf dem Weg nach Hause. Unterschieden wurde dabei zwischen acht Arten von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen: Beschimpfungen (inkl. Beleidigung, Bespucken sowie Auslachen), direkte Bedrohung, Beschädigung von Eigentum, Diebstahl, körperliche Gewalt, sexuelle Belästigung, sexueller Übergriff sowie versuchte Vergewaltigung oder Vergewaltigung.

In den letzten 12 Monaten vor der Befragung hatten von den 214 Menschen, die zu diesen Fragen antworteten, 61% einen der abgefragten Vorfälle selbst erlebt, 72% hatten einen Vorfall selbst erlebt und/oder wurden Zeug_in eines solchen Vorfalls. Dabei erlebte ein Drittel (33%) beide Perspektiven, sie wurden selbst Opfer und waren Zeug_in. Bei den Vorfällen, bei denen es um die Zeug_innenschaft ging, wurden für die Auswertung nur die Vorfälle herangezogen, bei denen ein klarer Bezug zu LSBTTIQ erkennbar war.

In Abbildung 3 ist dargestellt, welche Vorfälle im Einzelnen in welcher Häufigkeit berichtet wurden: Wie zu erwarten, wurde im Vergleich die Frage nach Beschimpfungen bzw. öffentlichem Bloßstellen am meisten bejaht. 45% der Befragten wurden in den letzten 12 Monaten im öffentlichen Raum durch einen anderen Menschen belächelt, beleidigt, beschimpft oder bespuckt. Weitere 24% erlebten dies zwar nicht persönlich, waren allerdings dabei, als eine andere lsbttiq Person diese Erfahrung machen musste. Das heißt, mindestens einmal in den letzten 12 Monaten mussten über zwei Drittel aller Befragten diese Form der Abwertung und des Angriffs erfahren.

Erschreckend hoch waren auch die Vorfälle sexueller Belästigungen (21%) und sexueller Übergriffe (14%). Bei beiden Delikten erhöht sich der Kreis der Betroffenen kaum, wenn auch der Anteil an Zeug_innen hinzugezogen wird. Dies lässt vermuten, dass Angreifende Situationen gezielt nutzen und sich durch Anonymität geschützt fühlen. Zu beachten ist zudem, dass Berichte zu Vorfällen ohne Bezug zu LSBTTIQ hier unbeachtet bleiben.

Der Blick auf die Abbildung zeigt auch: Je massiver die Gewalt, desto seltener kam diese vor. Dennoch sind 7% Vorfälle körperlicher Gewalt und drei (versuchte) Vergewaltigungen (1%) eindeutig zu viel. Bezogen auf Gewaltfälle lässt sich festhalten, dass 10% aller Befragten direkt Zeug_in oder Betroffene eines körperlichen Angriffs waren.

Neben den Angaben zum Gefährdungsort und der Häufigkeit der Vorfälle hatten die Befragten die Möglichkeit, ihre Erfahrungen in eigenen Worten zu beschreiben. In vielen Fällen nahmen sich die Befragten die Zeit, persönlich Erlebtes zu berichten.

Kategorie Beleidigung:

Frau, pansexuell, 18–27 Jahre „Habe meine Freundin am Bismarckplatz geküsst. Uns wurde daraufhin hinterher gepfiffen und wir wurden mit degradierenden Begriffen beleidigt“

Transfrau, lesbisch, 28–44 Jahre „An der Haltestelle der RNV ausgelacht. Und auf dem Weg dorthin sowie mitten in der Mannheimer Innenstadt als „Transe“ beschimpft“

Kategorie Bedrohung:

Mann, schwul, 28–44 Jahre „Ich war allein im Schlosspark. Eine Gruppe von vier jungen Männern (...) Als sie vorbei waren, sind mir zwei hinterher. Sie haben mich

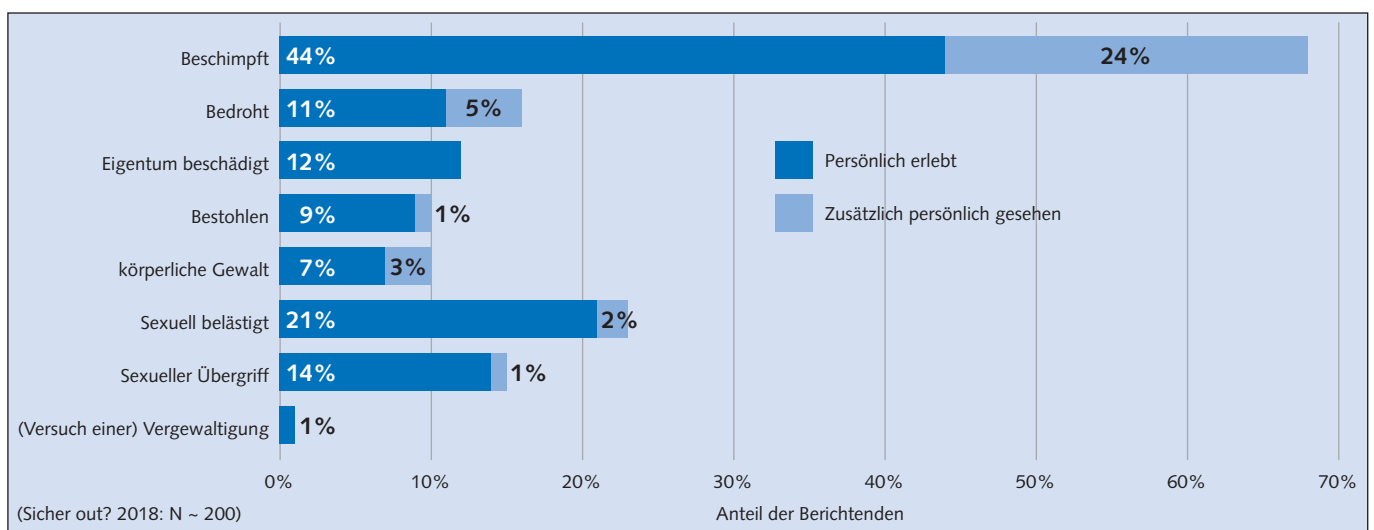


Abbildung 3: Anteil der Befragten mit persönlichen Vorfällen innerhalb der letzten 12 Monate

erst angesprochen, ich bin aber weiter. Dann sind sie auf mich zugelaufen und haben heftig auf mich eingeschlagen.“

Kategorie Sexueller Übergriff:

Frau, lesbisch, 18–27 Jahre „Himbeer, Heaven, Gaywerk, Unheilbar (Villa Nachttanz), von (nach meiner Annahme heterosexuellen) Männern auf der Tanzfläche angegrabscht, nach wiederholter Aufforderung nicht in Ruhe gelassen, bis in die Straßenbahn gefolgt, sexuelle Handlungen wurden uns für Geld aufdringlich vorgeschlagen, kleinere Freundinnen von mir weggezerrt und diese intensiver belästigt (geküsst, gezerrt, festgehalten, in die Ecke gedrängt)

Bei detaillierterer Betrachtung der berichteten direkten Erfahrungen, lassen sich einige interessante Zusammenhänge feststellen. Besonders werden enorme Unterschiede zwischen den Geschlechtern sichtbar.

Beschimpfungen, Beleidigungen und Auslachen erlebten in den letzten 12 Monaten im Durchschnitt zwei von fünf cis-geschlechtlichen Befragten. Von den nicht-binären und transsexuellen Menschen erlebten in den letzten 12 Monaten fast vier von fünf Befragten Beschimpfungen.

Bedrohungen, die oft Androhungen körperlicher Gewalt enthielten, erlebten nicht-binäre und transsexuelle Menschen ebenfalls zu einem größeren Anteil. Ein Viertel von ihnen musste diese Erfahrung machen. Bei den cis-geschlechtlichen Menschen waren es dagegen ein Zehntel der Befragten, die bedroht wurden. Dabei berichteten im Vergleich zwischen Männern und Frauen erstere deutlich häufiger von Bedrohungen: 16% der befragten Männer im Gegensatz zu 3% der befragten Frauen wurden in den letzten 12 Monaten bedroht.

Körperliche Gewalt traf ebenfalls häufiger nicht-binäre und transsexuelle Menschen (14%) im Vergleich zu cis-geschlechtlichen Menschen (6%). Innerhalb der heteronormativen Geschlechterordnung erlebten Menschen im Durchschnitt in unserer Region körperliche Gewalt im öffentlichen Raum eher selten. Dies gilt sowohl für Männer (8%) wie auch für Frauen (6%).

Der Anteil an Frauen, die sexuelle Belästigung erfahren, ist jedoch sechsmal so hoch wie der entsprechende Anteil an Männern (36% vs. 6%). Darüber hinaus zeigt sich, dass im Vergleich besonders nicht-binäre und transsexuelle Menschen (50%) diese Form der Belästigung im öffentlichen Raum erleben mussten.

Ebenso gravierend sind die Unterschiede hinsichtlich sexueller Übergriffe. Diese trafen insbesondere Frauen. 23% der Frauen berichteten, diese Übergriffe erlebt zu haben, im Vergleich zu 6% der Männer. Ebenso waren mit 18% Menschen, die geschlechtlich als nicht eindeutig wahrgenommen werden

oder sich nicht eindeutig zu erkennen geben, überproportional davon betroffen. Die andere Geschlechtsbetrachtung zeigt, dass 13% der cis-geschlechtlichen Menschen sexuelle Übergriffe erlebten, wohingegen 25% der transsexuellen und nicht binären Menschen solchen ausgesetzt waren. Die Kombination beider Ergebnisse legt den Schluss nahe, dass insbesondere für transsexuelle Frauen das Risiko eines sexuellen Übergriffs nochmals erhöht zu sein scheint. Der Vergleich zwischen den Daten zu sexueller Belästigung und sexuellen Übergriffen lässt ein klares Muster aufscheinen: Während viele Menschen, die nicht der Geschlechternorm entsprechen, sexuell belästigt werden, müssen insbesondere Frauen sexuelle Übergriffe erleiden.

Darüber hinaus offenbaren die Zahlen die unterschiedliche Erfahrungswelt von Menschen, die rassistisch ausgegrenzt werden. Auch wenn die nur geringen Fallzahlen wenig Raum für vertiefende Analysen lassen, waren zwei statistisch signifikante Differenzen festzustellen. Menschen, die rassistisch ausgegrenzt werden, wurden im Vergleich der teilnehmenden lsbtqi Menschen mehr (62% zu 42%) beschimpft und deutlich häufiger sexuell belästigt (38% zu 20%). Diese Befunde lassen vermuten, dass lsbtqi Menschen, die rassistisch ausgegrenzt werden, auch häufiger aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und/oder sexuellen Orientierung angegriffen werden. Die sexuelle Belästigung wird als Methode der Herabwürdigung und aggressiven Demütigung eingesetzt – auch gegenüber lsbtqi Menschen.

3.2. Erfahrungen innerhalb der letzten 10 Jahre

Im Weiteren wurden die Befragten gebeten, sich die Jahre von 2007 bis 2017 in Erinnerung zu rufen und für diesen Zeitraum Angaben zu machen. Ziel war es, ein noch umfassenderes Bild zu erhalten sowie mögliche Veränderungen über die Zeit zumindest im Gesamtbild zu erfassen. Zusätzlich zu den genannten Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen wurde nach belächelt/ausgelacht, beschimpft/beleidigt sowie bespuckt getrennt gefragt, um das Antworten hierbei zu erleichtern.

Im Rückblick auf diese 10-Jahresspanne gaben alle Befragten an, sich mindestens einer der abgefragten Erfahrungen zu erinnern. Dies bedeutet, dass keine_r der Teilnehmenden nicht mindestens einmal im Verlauf der letzten 10 Jahre an einem öffentlichen Ort in der Rhein-Neckar-Region diskriminiert und ausgegrenzt wurde.

Wie aus Abbildung 4 ersichtlich wird, machten sehr viele Befragte in den 10 Jahren zwischen 2007 und 2017 die Erfahrung, in der Öffentlichkeit ausgelacht (45%) oder beschimpft (39%) zu werden. Auch der Anteil an Menschen, die sexuelle Belästigung erinnerten, ist bei diesem Rückblick mit 20% hoch. Insgesamt zeigt der Vergleich der Erfahrungen der letzten 12 Monate und der letzten 10 Jahre, dass die berichteten

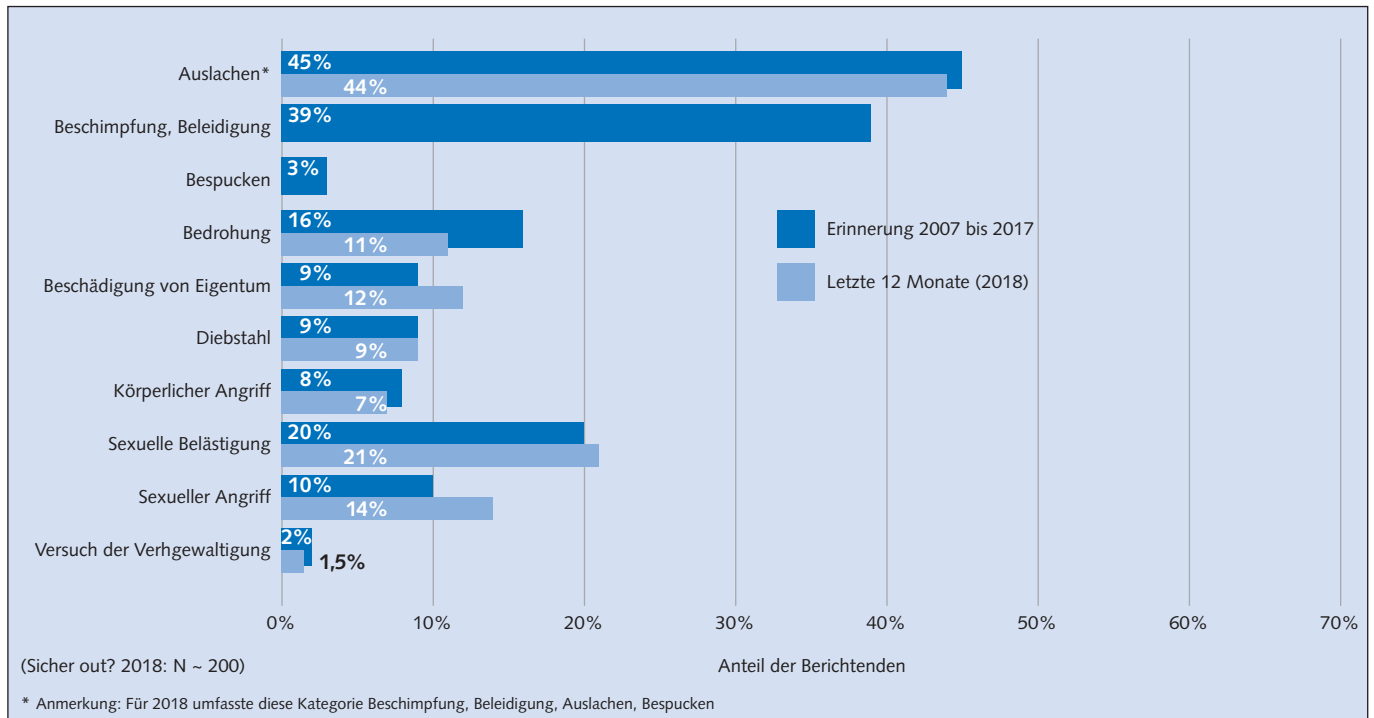


Abbildung 4: Anteil der Befragten mit Vorfällen von 2007 bis 2017 im Vergleich zum Anteil der Befragten mit Vorfällen in den letzten 12 Monaten

Erfahrungen beider Zeiträume in etwa dem gleichen Muster entsprechen. Unterschiede sind lediglich bei der Kategorie Bedrohung und bei der Kategorie sexuelle Belästigung festzustellen. Auch wenn möglicherweise Erlebnisse vergessen oder durch die Erinnerung verzerrt wurden, scheint hier ein gesellschaftlich klares Muster des Umgangs mit Menschen, die im öffentlichen Raum als lesbttiq wahrgenommen werden, zu bestehen.

Zusammenfassend ist an dieser Stelle festzuhalten, dass keine systematische Verfolgung aller lesbttiq Menschen in der deutschen Öffentlichkeit erfolgt. Dennoch besteht ein beträchtliches Risiko, Diskriminierung und Gewalt als lesbttiq Mensch in der Rhein-Neckar-Region zu erfahren. Zudem wird offensichtlich, dass dabei nicht alle in gleicher Weise betroffen sind – gerade bei schwerwiegenden und polizeilich relevanten Taten. Gleichzeitig sind die Auswirkungen, nicht zuletzt aufgrund der Erniedrigungen in Form von Spott und Beschimpfungen, für alle spürbar.

3.3. Betroffenheit und Unterstützungsstrukturen

Die Abfrage der erlebten Erfahrungen als persönlich Betroffene oder als Zeug_in ergab, dass 120 Teilnehmende in den letzten 12 Monaten konkrete Diskriminierung und Gewalt erfahren. Diese Personen wurden im Weiteren gefragt, ob sie im Nachgang zu dem Vorfall bzw. den Vorfällen Unterstützung suchten. Zum einen ging es dabei um das Einschalten von Polizei und/oder Justiz, zum anderen um die Hilfe durch Beratung oder therapeutische Angebote und schließlich um weitere, andere Formen der Unterstützung.

Zunächst zu den letzten beiden Bereichen: Anderweitige Unterstützung jenseits von Polizei oder Beratung suchten 39% der Befragten (45 der 120 Nennungen). Dabei stand an erster Stelle das soziale Umfeld mit Familie und Freund_innen. Aber auch die Community sowie Selbsthilfeangebote und Kolleg_innen wurden als unterstützend erlebt.

Als hilfreiche Erfahrungen wurden hierbei benannt: Erstens, Menschen, die helfen mit einer bedrohlichen Situation nicht allein zu sein, zweitens, Zuspruch, auch in der Öffentlichkeit, zu erfahren und, drittens, die Vernetzung mit anderen, die ähnliches erlebt haben. Im Vergleich über die verschiedenen Teilgruppen hinweg zeigte sich zudem, dass ältere Befragte deutlich seltener private Unterstützung suchten, wohingegen ein deutlich höherer Anteil nicht-binärer und transsexueller betroffener Menschen in diesem Kontext Halt fanden.

Beratungsangebote wurden deutlich seltener im Nachgang zu einem Diskriminierungs- bzw. Gewalterlebnis aufgesucht. 19% (23 Nennungen) der Befragten nutzten diese Form der Unterstützung. Ein großer Teil derjenigen, die keine Beratung in Anspruch nahmen, meldete zurück, dass sie ihre Erfahrungen ohne Beratung bewältigen wollten. Einige nannten aber auch Scham als Grund für die Nicht-Inanspruchnahme von Beratung. Des Weiteren erschien für manche Teilnehmenden eine Beratung in der Folge einer erlebten Straftat keine passende Reaktion. Um Beratung für lesbttiq Menschen, die von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, zugänglicher zu machen, sollten angemessene Beratungsangebote vorgehalten werden und der Zugang zu Beratung durch Information und Aufklärung erleichtert werden.

Neun der 23 Befragten, die Beratung aufsuchten, gaben mehrheitlich positive Rückmeldung. Für die anderen war die unterstützende Wirkung einer Beratung wohl offensichtlich, so dass kein spezifischer Kommentar abgegeben wurde. Im

Vergleich über die verschiedenen Teilgruppen hinweg war auffällig, dass Beratung zu einem größeren Teil von Frauen in Anspruch genommen wurde. Ebenso nutzten zu einem überproportionalen Anteil nicht-binäre und transsexuelle Menschen diese Unterstützung. Abgesehen davon, erreichte Beratung alle Altersgruppen sowie auch die Menschen, die rassistische Ausgrenzung erlebten. Um auch cis-geschlechtlichen Männern den Zugang zur Beratung zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, sollten die bestehenden Barrieren genauer in den Blick genommen werden, um diese entsprechend überwinden zu können.

3.4. Erfahrungen im Umgang mit der Polizei

In der Folge von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen ist die Polizei eine relevante Ansprechpartnerin. Gerade nach Beschimpfungen erschien es vielen Befragten allerdings nicht sinnvoll, sich an die Polizei zu wenden, da sie annahmen, der Vorfall sei nicht relevant genug. Aber auch bei sexueller Belästigung und sexuellen Übergriffen war die Rate der Inanspruchnahme mit 10% bzw. 7% noch sehr niedrig. Nur eine von fünf Personen ging zur Polizei, wenn sie bedroht, körperlich oder sexuell angegriffen wurde oder eine versuchte Vergewaltigung erfahren musste. Am häufigsten, in 48% der Fälle, schalteten diejenigen, die bedroht wurden, die Polizei ein. Nach einem körperlichen Übergriff wandten sich hingegen nur 36% an die Polizei.

Im Detail war festzustellen, dass sich ältere Menschen über 27 Jahre (20%) grundsätzlich eher an die Polizei wandten als junge (7%). Auch war die Inanspruchnahme durch befragte Männer (23%) höher als durch Frauen (12%), nicht-binäre Menschen wandten sich nicht an die Polizei. Insgesamt beschrieben die Befragten häufig die Erfahrungen und vor allem auch die Angst, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden. Dies sind aus unserer Sicht wichtige Ansatzpunkte für die Polizei, Hemmschwellen bei der Kontaktaufnahme und Strafanzeige für alle Menschen in der Region abzubauen.

Die 19 Befragten, die sich an die Polizei gewandt hatten, fühlten sich zum überwiegenden Teil respektvoll behandelt (14 von 19 Nennungen). Etwas mehr als die Hälfte (11 von 19) hatte das Gefühl, dass ihr Anliegen sachlich und kompetent behandelt wurde. Aber nur knapp die Hälfte hatte das Gefühl, ernst genommen zu werden (9 von 19 Nennungen). Selbstverständlich und dennoch positiv ist zu berichten, dass sich niemand durch die Polizei bedroht fühlte oder Übergriffe durch sie erlebte.

Die beiden folgenden Beispiele illustrieren die unterschiedlichen Erfahrungen der Befragten mit der Polizei.

Mann, schwul, 28–44 Jahre: „Seitens Polizei nahm man den Vorfall ernst, auch, wenn man, da außer der „Drohung“ nichts vorgefallen war, nicht tätig werden konnte.“

Frau, lesbisch, 18–27 Jahre: „Die Beamten, die uns akut in der Nacht halfen waren sehr verständnisvoll und hilfreich. Die Beamten, die unsere Aussagen schließlich auf den jeweiligen Revieren aufnahmen, nahmen uns teilweise nicht ernst und/oder waren desinteressiert und/oder suchten die Schuld bei uns.“

In drei Fällen (15%) wurde die Anzeige nicht aufgenommen. Bei diesen drei Fällen ging es einmal um die Bedrohung eines Mannes, um eine Bedrohung in Verbindung mit sexueller Belästigung und sexuellem Übergriff gegenüber einer Frau sowie um einen Diebstahl gegenüber einem Mann. Zwei der Vorfälle ereigneten sich in Mannheim.

Von den 99 Befragten, die über konkrete Gewalterfahrungen berichteten, aber keine Anzeige bei der Polizei machten, antworteten immerhin 70 auf die Frage, warum sie nicht zur Polizei gegangen sind. Schon die große Zahl der Antworten zeigt einen Bedarf nach Austausch und Auseinandersetzung.

Am häufigsten (19 bzw. 18 Nennungen) gaben die Befragten an, die Vorfälle seien nicht „groß“ bzw. „ernst“ genug gewesen bzw. es habe keine ausreichenden Beweise und so keine Aussicht auf Erfolg gegeben. In die gleiche Richtung gingen auch sieben Angaben, es seien „nur“ verbale Angriffe gewesen. In einem Fall war sich die Person nicht klar darüber, dass es sich um sexuelle Nötigung gehandelt hatte. Wie schon oben benannt, könnte hier eine Aufklärung über polizeiliche Zuständigkeit und Möglichkeiten hilfreich sein. Die vier Beispiele geben einen Eindruck für die angegebenen Gründe, nicht zur Polizei zu gehen.

Transfrau, bisexuell, 28–44 Jahre: „Nach dem ich aus Situation raus war, war ich froh daraus zu sein und wollte mich nicht weiter damit belasten“

Mann, schwul, 45–64 Jahre: „Die Pöbeleien im Vorbeigehen schienen mir strafrechtlich nicht relevant.“

Frau, lesbisch, 18–27 Jahre: „Weil wir bisher immer als Gruppe gegenseitig Unterstützung und Schutz bieten konnten, sodass niemand allein war, sodass etwas Schlimmeres als Begrabschen und Festhalten passieren konnte. (Diese Erwartungshaltung und ständig ein Auge auf alle zu haben ist allerdings längst Normalität geworden, selbst auf LGBT-Partys, jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaß wie in klassischen hetero Clubs.).“

Mann, schwul, 18–27 Jahre: „Scham, wusste nicht, wer Ansprechpartner ist“

Siebenmal äußerten die Befragten, dass kein Vertrauen in die Polizei bestehe. In zwei Fällen gaben sie an, Täter würden in Schutz genommen bzw. ein Auge zugeedrückt und ebenfalls zweimal wurde die Sorge ausgedrückt, nicht ernst genommen zu werden. Einmal wurde schlechte Erfahrung als Grund für Nicht-Inanspruchnahme angegeben. Einmal wurde auch die fehlende Information über eine gezielte Ansprechperson als Hinderungsgrund genannt.

Weitere Gründe waren in sechs Fällen, dass andere Menschen bereits die Polizei eingeschaltet hatten, in fünf Fällen zu große Scham oder Angst und in vier Fällen eine zu große Belastung durch eine weitere Beschäftigung mit dem Erlebten. Einmal ergab sich eine spontane Verbesserung der Situation. Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Befragten häufig einzelne Erfahrungen aber vor allem auch generelle Angst, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden, als Grund für das Nichteinschalten der Polizei nannten.

3.5. Einschätzung der Sicherheit im öffentlichen Raum

Nahezu alle Teilnehmenden (413) gaben ihre Einschätzung ab, wie sicher sie sich in den letzten 12 Monaten im öffentlichen Raum im Rhein-Neckar-Gebiet fühlten. Für die Bewertung standen ihnen vier Antwortmöglichkeiten von „sehr sicher“ über „eher sicher“, „eher unsicher“ bis zu „sehr unsicher“ zur Auswahl.

Insgesamt gab es ein positives Ergebnis: 88% der Befragten fühlten sich sehr oder eher sicher, 10% eher unsicher, nur 6 Menschen (1,5%) sehr unsicher. Dabei bewerteten diejenigen, die später bereit waren konkrete Erfahrungen zu berichten, ihre Sicherheit insgesamt etwas besser.

Interessant ist dabei, dass eine detailliertere Betrachtung keinen bedeutsamen Unterschied zwischen Männern und Frauen hervortreten ließ. Ebenso bestanden keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Im Gegensatz dazu ist auffällig, dass sich transsexuelle Menschen im Durchschnitt unsicherer fühlten. Nur 83% kamen zu der Einschätzung, sich sehr sicher bzw. eher sicher zu fühlen. Noch gravierender stellt sich die Situation für Lsbttiq Menschen, die rassistische Ausgrenzung erleben, dar. Hier konnten lediglich 78% zu einer positiven Einschätzung kommen.

Die Ergebnisse lassen eine Diskrepanz zwischen dem Ausmaß der berichteten Erfahrungen von Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum und dem Erleben von Sicherheit in der Öffentlichkeit aufscheinen. Aus unserer Sicht ist dieses Ergebnis sehr bemerkenswert und wird in den folgenden Kapiteln in Verbindung mit den Vermeidungsstrategien als auch den Wünschen aus der Community erneut aufgegriffen.

3.6. Zwischenfazit

Die Häufigkeit der Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen lag insgesamt deutlich höher als in den bisher vorliegenden Studien. Wie zu erwarten, kamen Beschimpfungen am häufigsten vor. Erschreckend hoch war auch die Anzahl der erlebten sexuellen Belästigungen und Übergriffe. Massive Gewalterfahrungen wurden am wenigsten genannt. Mit 10% körperlicher Gewalt und einer versuchten Vergewaltigung waren diese doch auch in erheblichen Maße vertreten und eindeutig zu viel.

Das Geschlecht zählt – so gibt es bedeutsame Unterschiede zwischen der Art der erlebten Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen, wie auch in Bezug auf die Häufigkeit dieser Erfahrungen je nach Geschlecht und vor allem auch im Hinblick auf die wahrgenommene Eindeutigkeit des Geschlechts. Kurz zusammengefasst lässt sich sagen, als Männer wahrgenommene Lsbttiq Menschen werden deutlich häufiger mit körperlicher Gewalt bedroht und erleben diese auch häufiger. Als Frauen wahrgenommene Lsbttiq Menschen erleben deutlich häufiger sexuelle Belästigung und sexuelle Übergriffe und werden häufiger beschimpft. Geschlechtlich nicht eindeutig wahrgenommene Lsbttiq Menschen werden massiv angegriffen. Sie berichteten im Durchschnitt deutlich häufiger von Beschimpfungen im öffentlichen Raum und sowohl von körperlicher Bedrohung und körperlicher Gewalt als auch von sexueller Belästigung und sexuellen Übergriffen. Diskriminierungserfahrungen spiegeln Sexismus und geschlechtertypische Abwertungen wieder.

Rassistische Ausgrenzung macht ebenfalls vulnerabler – auch wenn nur wenige Menschen an der Befragung teilnahmen, die sich selbst als rassistisch ausgegrenzt beschrieben, zeigt sich deutlich, dass sie häufiger Diskriminierung und Gewalt auch aufgrund ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung erlebten.

In der Folge von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen ist die Polizei eine relevante Ansprechpartnerin. Gerade nach Beschimpfungen erschien es vielen Befragten allerdings nicht sinnvoll, sich an die Polizei zu wenden, da sie annahmen, der Vorfall sei nicht relevant genug. Aber auch bei sexueller Belästigung und sexuellen Übergriffen war die Rate der Inanspruchnahme sehr niedrig. Des Weiteren war besonders auffällig, dass nicht-binäre Menschen sich in keinem der berichteten Fälle an die Polizei wandten. Insgesamt bestand bei vielen Befragten die Sorge, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden. Dies sind aus unserer Sicht wichtige Ansatzpunkte für die Polizei, Hemmschwellen bei der Kontaktaufnahme und Strafanzeige für alle Menschen in der Region abzubauen.

Freund_innen, aber auch professionelle Beratung sind weitere Stellen bei denen die Befragten nach Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen Unterstützung suchten. Dabei scheint die Hemmschwelle, Beratung in Anspruch zu nehmen, niedriger als sich an die Polizei zu wenden. Vor allem Frauen sowie nicht-binäre und transsexuelle Menschen nutzten Beratung für sich.

In ihrer Gesamteinschätzung zur Sicherheit kamen die Befragten dennoch zu einer positiven Bewertung. Der überwiegende Teil von ihnen fühlte sich sehr oder eher sicher im öffentlichen Raum. Entsprechend der berichteten Erfahrungen fühlen sich transsexuelle Menschen und Menschen, die rassistische Ausgrenzung erleben, eher unsicher.

4. Wie verhalten sich lsbtqiq Menschen im öffentlichen Raum?

4.1. Strategien der Unsichtbarkeit

Alle Befragten wurden gebeten, anzugeben, ob sie bestimmte Strategien, sich in der Öffentlichkeit nicht als lsbtqiq Menschen zu erkennen zu geben, in den letzten 12 Monaten angewandt hatten. Dabei wurden konkrete Verhaltensweisen genannt, die vom Meiden bestimmter Orte über das Weglassen bestimmter Symbole und Kleidung bis zum Vermeiden von Zärtlichkeit und der Kontrolle der Körpersprache reichten. Hierzu konnten die Befragten jeweils angeben, ob dieses Verhalten für sie in den letzten 12 Monaten zutraf oder ob sie dieses Verhalten in den letzten 12 Monaten nicht gezeigt hatten. Selbstverständlich konnten sie explizit einzelne Fragen dazu überspringen, falls sie keine klare Aussage für sich dazu treffen konnten.

Die meisten Befragten sahen sich in der Lage, im Detail klare Antwort zu geben, nur ca. 6% konnten sich zu keiner Aussage durchringen. Größere Unsicherheit löste die Frage aus, ob Orte, Straßen, Haltestellen oder ganze Stadtteile im Rhein-Neckar-Gebiet tagsüber nicht alleine aufgesucht wurden, 10% konnten dazu nicht antworten. Die Frage, ob es vermieden wurde, sich als Paar zu erkennen zu geben, konnte konsequenterweise nur von liierten Menschen beantwortet werden. Daher überrascht das Überspringen dieser Frage durch 13% der Teilnehmenden nicht. Die Frage, ob andere Kleidung angezogen wurde als gewollt, um keine Abwertung oder Gewalt zu provozieren, wurde nur von 2% der Befragten (10 Personen) übersprungen. Insgesamt können daher die Antworten gut dazu herangezogen werden, um alltägliche Vermeidungsstrategien zu beschreiben, mit denen sich lsbtqiq Menschen unsichtbar machen.

Sehr auffallend ist die Häufigkeit dieser Strategien der Unsichtbarkeit. Nur 47 Teilnehmende (11%) verneinten diese

Fragen vollständig. 89% konnten im öffentlichen Raum nicht so auftreten und sich nicht so bewegen, wie sie es eigentlich wünschen würden. Für diese Menschen war es keine unhinterfragte Selbstverständlichkeit, sich mit ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität im öffentlichen Raum zu bewegen. Vielmehr wurden (bewusst) Strategien angewandt, um die eigene Identität weniger transparent sein zu lassen und – so die Annahme – Konfrontationen, Diskriminierung und Gewalt zu umgehen.

Die Auswertungen zeigen, dass dabei in der Regel mehrere Strategien parallel angewandt werden. 61% der Befragten wandten mindestens drei unterschiedliche Verhaltensweisen der Vermeidung von Sichtbarkeit in den letzten 12 Monaten an.

Zu den einzelnen Strategien der Unsichtbarkeit gibt Abbildung 5 einen Überblick über die Anteile der Befragten, die jeweils angaben, die Verhaltensweisen in den letzten 12 Monaten eingesetzt zu haben.

Am häufigsten wurde das Vermeiden von Zärtlichkeit mit Menschen des gleichen Geschlechts, um nicht als homosexuell wahrgenommen zu werden, angegeben. Eng damit verbunden ist das Vermeiden von Verhalten, um nicht als Paar erkannt zu werden. An zweiter Stelle der Häufigkeiten steht das Vermeiden bestimmter Orte bei Nacht. Immer noch mehr als die Hälfte der Befragten (51%) war bereit einen Umweg zu gehen, um sich sicherer zu fühlen.

Bei der genaueren Betrachtung der Angaben fällt auf: Gleichgeschlechtliche Zärtlichkeit wurde deutlich und signifikant häufiger von Männern (70%) vermieden als von Frauen (57%). Bestimmte Orte vermieden nachts dagegen vor allem nicht-binäre Menschen (77%) und Frauen (73%), aber auch mehr als die Hälfte der Männer (51%).

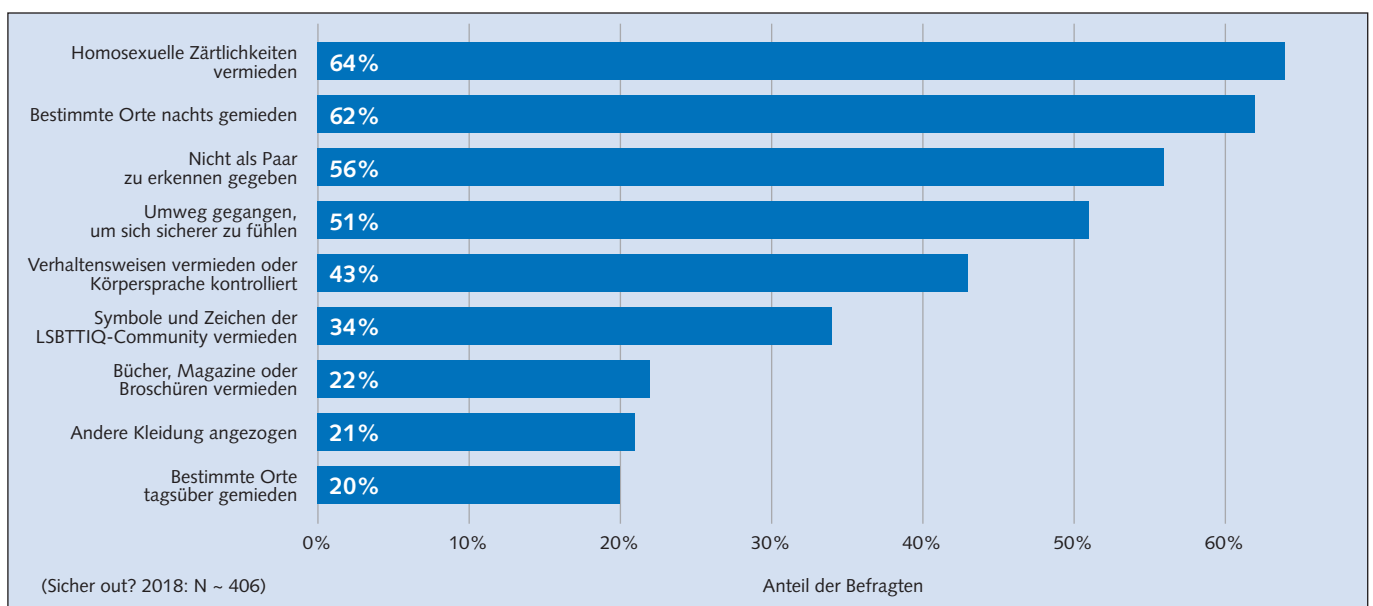


Abbildung 5: Anteil der Befragten mit genannten Vermeidungsstrategien in den letzten 12 Monaten

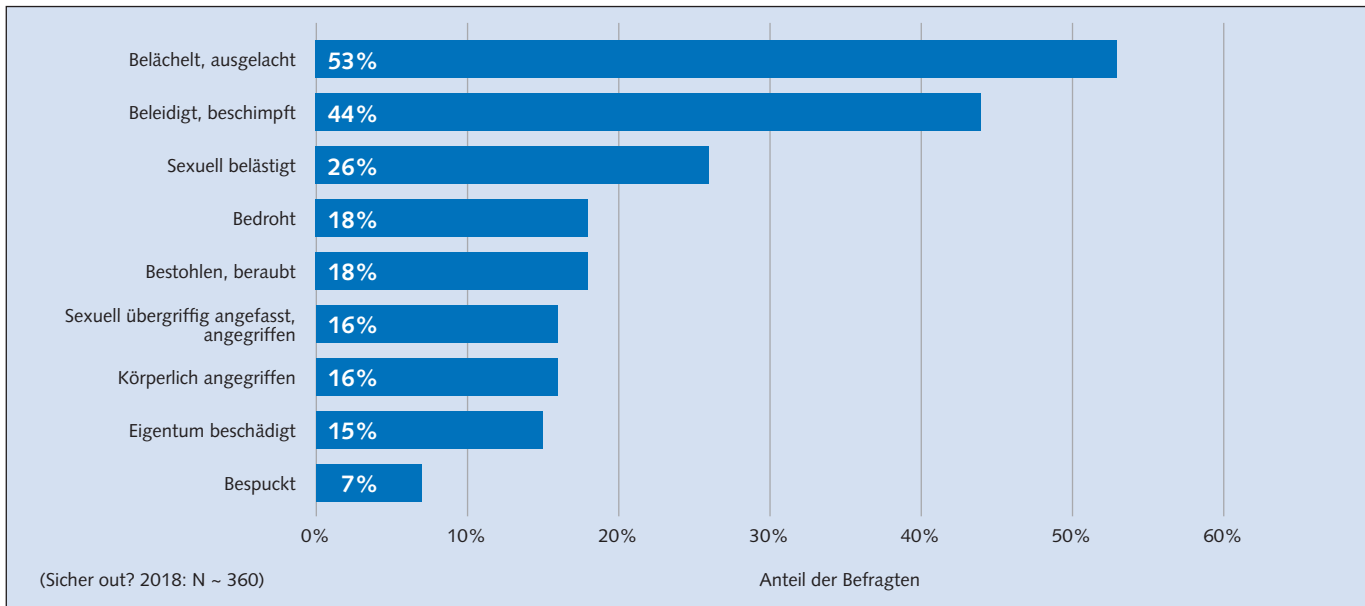


Abbildung 6: Anteil der Befragten mit Erwartung bestimmter Formen von Diskriminierung und Gewalt in den nächsten 12 Monaten

Im Blick auf das Lebensalter der Befragten ließ sich nicht feststellen, dass sich jüngere Menschen freier und weniger kontrolliert in der Öffentlichkeit bewegen (können). Im Gegenteil kontrollierten die Befragten im Alter bis 27 Jahre (27%) ihre Kleidung tendenziell häufiger als die Befragten ab 28 Jahren (24% über 27 Jahre bzw. 17% über 44 Jahre). Jüngere Menschen gaben auch häufiger an, bestimmte Orte nachts nicht zu nutzen (70% bis 27 Jahre, 60% über 27 Jahre und 57% über 44 Jahre) und machten entsprechend auch häufiger einen Umweg, um sich sicherer zu fühlen. Bei den Menschen, die sich nicht als Paar zu erkennen geben und auf öffentlich sichtbare Formen gleichgeschlechtlicher Zuneigung verzichten, gibt es hingegen zwischen den Altersgruppen kaum Unterschiede. Eine möglicherweise angenommene größere Selbstverständlichkeit und Selbstsicherheit im öffentlichen Erkant-Werden und Zuerkennen-Geben einer lesbttiq Identität ist bei jüngeren Menschen keinesfalls anzutreffen.

Diejenigen Menschen, die rassistische Ausgrenzung erleben, nutzten alle genannten Strategien deutlich häufiger, um Sichtbarkeit und damit gefährliche Aufmerksamkeit zu vermeiden. Die deutlichsten Unterschiede gibt es hier im Hinblick auf das Vermeiden bestimmter Orte tagsüber (43% vs. 18%) sowie dem Gehen von Umwegen (67% vs. 49%). Speziell diese beiden Verhaltensweisen verweisen auf das größere Unsicherheitsgefühl, mit dem Menschen, die rassistische Ausgrenzung erleben, umgehen müssen und sind möglicherweise nicht direkt mit der lesbttiq Identität verbunden. Die häufigere Vermeidung von Symbolen und Zeichen der lesbttiq Community in der Öffentlichkeit sowie die häufigere Einschränkung der Verhaltensweise und Körpersprache unterstreichen aber, dass sie sich auch stärker gezwungen sehen, nicht als lesbttiq Mensch sichtbar zu sein. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Teilhabe von lesbttiq Menschen am und im öffentlichen Raum massiv eingeschränkt ist.

4.2. Erwartete Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum

Alle Befragten wurden gebeten einzuschätzen, für wie wahrscheinlich sie es halten, bestimmte Diskriminierung und Gewalt in Zukunft zu erleben. Diese Frage wurde sehr früh im Ablauf der Befragung gestellt, um möglichst einen allgemeinen Gesamteindruck zu erhalten, welcher nicht durch einen übermäßigen Fokus auf einzelne belastende Situationen bestimmt wird. Es wurden jeweils zwei inhaltliche Antwortmöglichkeiten – „ja, wahrscheinlich“ und „nein, unwahrscheinlich“ – angeboten sowie die Möglichkeit gegeben, explizit zu antworten, dass keine Einschätzung möglich ist. Im Antwortverhalten wird deutlich, dass hier die Entscheidung für eine Antwort für viele Befragte vergleichsweise schwierig war. Zwischen 10% und 19% konnten zu einzelnen Teilfragen keine Einschätzung der Gefährdung treffen, was aber auch heißt, sie wollten explizit die jeweilige Gefährdung nicht ausschließen.

Die Betrachtung der Antworten ergibt einen erschreckend hohen Anteil an erwarteter Gefährdung. Abbildung 6 zeigt, welcher Anteil der Befragten erwartete, in den folgenden 12 Monaten die genannten Diskriminierungen und Gewalttaten zu erleben: Über die Hälfte der Antwortenden ging davon aus, ausgelacht zu werden. 44% erwarteten im öffentlichen Raum beleidigt und beschimpft zu werden. Immerhin ein Viertel der Befragten erwartete sexuell belästigt und 16% körperlich attackiert zu werden.

Der Vergleich mit den oben dargestellten tatsächlichen Erfahrungen in den letzten 12 Monaten (siehe Kapitel 3.1.) zeigt, dass die Erwartungen den genannten Erfahrungen entsprechen. Die Anteile für die verschiedenen Gefährdungskategorien sind den Anteilen der erlebten Diskriminierung und Gewalt sehr ähnlich. Sie lassen sich also als angemessen und realistisch bewerten. Die Erwartungen von lesbttiq Menschen dazu, welchen Formen von Diskriminierung und Gewalt sie

im öffentlichen Raum ausgesetzt sein werden, spiegeln im Umfang und Muster die von den Befragten angegebenen Erfahrungen wider.

Auch bei differenzierterer Betrachtung entsprechen die Erwartungen den Erfahrungen. So hielten besonders nicht-binäre und transsexuelle Menschen Ausgrenzung und Abwertung für wahrscheinlich. Die Hälfte von ihnen rechnete damit, ausgelacht und belächelt zu werden.

Männer gaben häufiger als Frauen und nicht-binäre Menschen an, dass sie erwarten, bestohlen zu werden (24% vs. 12% vs. 12%) und körperliche Gewalt (22% vs. 9% vs. 13%) zu erfahren. 71% der nicht-binären Menschen erwarteten, sexuell belästigt zu werden, ebenso wie 46% der Frauen im Gegensatz zu 7% der Männer. Sexuelle Übergriffe erwarteten 5% der Männer, 28% der Frauen und 44% der nicht-binären Menschen.

4.3. Zwischenfazit

Die Erwartungen von Lsbttiq Menschen, welche Formen der Diskriminierung und Gewalt sie im öffentlichen Raum erleben werden, entsprechen den von den Befragten angegebenen Erfahrungen. Dies gilt auch hinsichtlich der berichteten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Erwartungen und Einschätzungen von Lsbttiq Menschen zu ihrer Sicherheit im öffentlichen Raum können und sollten also als hilfreiche Bewertungen bei Fragen der Sicherheit und Teilhabe gehört werden. Es handelt sich, unseren Ergebnissen folgend, keineswegs um Übersensibilität oder gesteigerte Angst, sondern um realistische Bewertungen.

Wie schon im Vergleich der berichteten Erfahrungen der letzten 12 Monate mit denen der letzten 10 Jahre deutlich wurde, scheint es sich bei den Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen und deren Verteilung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen um ein gesellschaftlich geprägtes Muster zu handeln, das Lsbttiq Menschen angemessen einschätzen und entsprechend antizipieren.

Entsprechend den berichteten Erfahrungen und Erwartungen kontrollieren Lsbttiq Menschen ihr alltägliches Verhalten, Auftreten und ihre Körpersprache im öffentlichen Raum. Je nach Erfahrungen und Erwartungen verwenden Lsbttiq Menschen dabei unterschiedliche Strategien, aber keine Untergruppe bewegt sich frei von diesen selbstauferlegten Einschränkungen. Menschen, die rassistisch ausgegrenzt werden, wenden deutlich öfter solche Vermeidungsstrategien an, um nicht als Lsbttiq Mensch sichtbar zu werden.

Wenn das Recht auf Teilhabe in der Öffentlichkeit in Frage gestellt wird, ist nicht immer eine selbstbewusste Abwehr der Diskriminierung möglich, sondern es erfolgt ein Rückzug, teilweise verbunden mit Scham und dem Gefühl, selbst schuld zu sein. Letzteres benannten auch einige der Befragten in ihren offenen Antworten. Für eine Veränderung der Situation bedarf es einer klaren Positionierung der öffentlichen Institutionen: Die uneingeschränkte und sichtbare Teilhabe von Lsbttiq Menschen in der Öffentlichkeit ist gewünscht und wird mit entsprechenden Maßnahmen geschützt und gestärkt.

Zeichen für die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wäre zunächst die Zunahme der Anzahl an Beschwerden und Anzeigen. Lsbttiq Menschen würden gestärkt Hilfe und Unterstützung bei staatlichen Stellen suchen. Im Ergebnis kann eine realistischere Einschätzung der Sicherheitslage vorgenommen werden. Polizei und Verwaltung könnten dann adäquat reagieren und die Sicherheit im öffentlichen Raum auch für Lsbttiq Menschen verbessern.

4.4. Überlegungen zu berichteten Erfahrungen und erlebter Sicherheit

An dieser Stelle möchten wir auf die bemerkenswerte Diskrepanz zwischen einerseits den berichteten Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen (vgl. Kapitel 3.1) sowie den allgegenwärtigen Strategien der Unsichtbarkeit (vgl. Kapitel 4.1) und andererseits dem doch hohen Ausmaß der gefühlten Sicherheit eingehen (vgl. Kapitel 3.5). Von den befragten Lsbttiq Menschen berichteten mehr als jede_r Dritte in den letzten 12 Monaten Diskriminierungen und jede_r Fünfte Gewalt erlebt zu haben. Im Rückblick auf die letzten 10 Jahre haben alle Diskriminierungen wahrgenommen und fast alle schränken ihr Verhalten und ihre persönlichen Freiheiten ein, um solche Erfahrungen zu vermeiden. Wie lässt es sich erklären, dass diese Menschen zu einem überwiegenden Teilangaben, sich sehr oder eher sicher zu fühlen? Warum fordern sie nicht stärker Unterstützung und eine Verbesserung der Situation?

Verschiedene Erklärungen sind denkbar und sicher spielen vielfältige Faktoren eine Rolle. *Erstens* wird für die Bewertung der eignen Sicherheit eine Rolle spielen, dass die Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen bei aller Wahrscheinlichkeit doch Ausnahmen bleiben.

Zweitens trägt sicher auch das Vertrauen der Befragten in ihre eigene Wahrnehmung und die adäquate Einschätzung von Gefährdungssituationen dazu bei, sich sicher zu fühlen. Auf der Grundlage dieser individuellen Gefährdungseinschätzung werden die entsprechenden Vermeidungsstrategien als alltägliche Schutzmaßnahmen eingesetzt. Sie ermöglichen so ein aktives Handeln und vermitteln das Gefühl, die Situation selbst zu gestalten und für die eigene Sicherheit sorgen zu können. Implizit wird dabei aber auch die realistische Einschätzung akzeptiert, dass eine stärkere Sichtbarkeit zu einem größeren Risiko von Diskriminierung und Gewalt führt.

Drittens wird die Bewertung der eigenen Sicherheit auch auf dem Wissen um die eigene Stärke bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen beruhen. Die eigene Stärke wird gefestigt, wenn vertraute Menschen zur Verfügung stehen. Dem folgend werden sich lesbttiq Menschen, die über ein gutes soziales Netzwerk verfügen, auch sicherer fühlen.

Viertens spielt sicher auch die bereits von Zinn & Soine⁹ benannte Internalisierung der allgegenwärtigen Abwertung eine Rolle. Lesbttiq Menschen erfahren noch immer Abwertungen, erleben, dass sie sich, ihr Geschlecht, ihre Sexualität und ihre Beziehungen erklären und verständlich machen müssen, nicht selbstverständlich als positive Vorbilder in Medien, Film und Literatur sichtbar sind und teilweise von Gesetzen sowie medizinischen Diagnosen und Maßnahmen in ihrer Selbstbestimmung massiv eingeschränkt werden. Die eigene sichere Sichtbarkeit im und Teilhabe am öffentlichen Raum wird daher nicht als selbstverständlich und als von allen anderen Menschen gleichfalls geschütztes und zu schützendes Gut erlebt, sondern als ein Gut, das zwar erreichbar ist, aber auch eigener Anpassung, wie die Strategien der Unsichtbarkeit zeigen, bedarf.

⁹ Soine S & Zinn A (2006) Lesben und Schwule – auf unterschiedliche Weise Opfer von Übergriffen. In: Heitmeyer W & Schröttle M (Hrsg) Gewalt Beschreibungen – Analysen – Prävention. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

5. Wünsche und Anregungen für Veränderungen

Zum Abschluss der Erhebung erhielten die Befragten die Gelegenheit, ihre Wünsche und Anregungen gegenüber verschiedenen Institutionen, wie der Polizei, den Verwaltungen der Städte und des Kreises, den LSBTTIQ-Beauftragten von Mannheim und Heidelberg sowie allgemein zu äußern.

Zunächst war die Frage, was kommunale Politik und Verwaltung tun sollten, „um die Sichtbarkeit und Sicherheit von Lesben, Schwulen, transgender, transsexuellen, bisexuellen, intersexuellen, queeren und nicht-binäre Menschen in der Region zu verbessern“. Danach ging es um konkrete Wünsche und Anregungen an den LSBTTIQ-Beauftragten der Stadt Heidelberg und/oder den LSBTI-Beauftragten der Stadt Mannheim. Diese Möglichkeit wurde von sehr vielen genutzt: 39% der Befragten formulierten Wünsche und Anregungen an die Kommunen, 20% detaillierten Anliegen an die Beauftragten. Insgesamt nahmen sich für beide Adressaten 43% der Teilnehmenden Zeit für genauere Erläuterungen. Weiteres Feedback zu Beratungsangeboten gaben 18% und 20% nannten Anliegen an die Polizei.

Nicht überraschend gab es mehr Rückmeldung seitens jener Befragten, die detailliert ihre Erfahrungen mitgeteilt hatten. Auch gab es mehr Feedback von Mannheimer_innen, vor allem in Bezug auf Beratungsangebote, was ebenfalls wenig überrascht, da die Stadt seit 20 Jahren Standort von PLUS e.V. ist. In den Rückmeldungen spiegelte sich zudem erneut die Vielfalt der Befragten hinsichtlich ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Identität und ihrer Erfahrung mit rassistischer Stereotypisierung wider. In der Tendenz gaben jene Gruppen mit höheren Anteilen an akuten Diskriminierungs- und Gewalt Erfahrungen etwas häufiger Wünsche und Anregungen ab.

5.1. Wünsche und Anregungen an die Verwaltungen und Beauftragten

Bei den Wünschen an die Verwaltungen standen an erster Stelle *Aufklärung und Bildungsarbeit* (17 Nennungen). Hierbei ging es um Aufklärungskampagnen, Workshops, Aktionen und Unterrichtsmaterial zu Vielfalt von Geschlecht und sexueller Orientierung ebenso wie Zivilcourage. In die gleiche Richtung gingen auch Wünsche nach einer klar erkennbaren *wertschätzenden Haltung der Verwaltung* (7 Nennungen) und der Wunsch nach Aufklärung innerhalb der Verwaltung (4 Nennungen). Auch der Wunsch nach *diskriminierungsfreier Sprache* bei Formularen der Verwaltung (2 Nennungen) steht im Zusammenhang mit Sensibilisierung und Aufklärung der Verwaltung. Die Zitate bieten konkrete Beispiele dazu.

Mann, schwul, 18–27 Jahre: „Sichtbar machen, dass sowohl Politik, Polizei und Verwaltung aktiv für eine vielfältige Stadt arbeiten. Damit Menschen das Gefühl haben sich in solchen Fällen an die Polizei, Politik oder Verwaltung wenden. Vor allem in Bildungseinrichtungen soll vermehrt auf das Thema eingegangen werden. Lesben, Schwulen, transgender, transsexuellen, bisexuellen, intersexuellen, queeren und non-binary Menschen in der Region sollen durch die Arbeit der Politik, Polizei und Verwaltung das Gefühl erhalten sicher und frei in ihrer Sexualität leben zu können.“

Frau, lesbisch, 45–64 Jahre: „Stadt MA tut da einiges. Im MitarbeiterInnen-Magazin war z.B. eine lesbische Kollegin mit Kind, als es um Familien ging.“

Geschlecht nicht-binär, gleichgeschlechtlich orientiert, keine Angabe zum Alter: „Platatkampagne wie in Berlin - mit Foto: ‚Ich bin lesbisch/non-binär/p.‘ - und ‚Mannheim steht hinter mir.‘“

Auch bei den Wünschen an die beiden Beauftragten standen Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit an erster Stelle (13 Nennungen und 8 Nennungen in Bezug auf social media). Spezifisch für die Arbeit der Beauftragten gab es Vorschläge, wie zum Beispiel, die Regenbogenfahne nicht nur zum CSD zu hissen. Aber auch der Wunsch nach mehr Präsenz in den sozialen Netzwerken sowie mehr Transparenz und Öffentlichkeit bezüglich der Aufgaben und Tätigkeiten wurde geäußert. Zusätzlich zu dem allgemeinen Wunsch nach Aufklärung wurde siebenmal speziell Sichtbarkeit und Aufklärung in Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen für Regenbogenfamilien benannt, zweimal im Zusammenhang mit der Stadtverwaltung. Dreimal wurde gewünscht, mehr lsbtqi Themen in den Gemeinderat zu bringen.

Ein weiteres häufiges Thema (8 Nennungen) war der Wunsch nach mehr *Veranstaltungen und geeigneten Räumen*, um Bewusstsein zu schaffen und Austausch zu ermöglichen. Dazu gehörten auch die Wünsche nach mehr Ressourcen für Projekte und Vereine der Community. Diese Wünsche wurden viermal benannt. Auch die Stärkung vielfältiger Menschen und deren Gleichberechtigung (3 Nennungen) ist getragen von dem Wunsch nach Stärkung der Community. Konkret wurde zudem Unterstützung in Form eines (Jugend-) Zentrums genannt, ebenso mehr Sichtbarkeit und spezielle Angebote für lesbische Frauen gefordert. Des Weiteren wurde gezielt eine langfristige Finanzierung von lsbtqi und Frauenprojekten gewünscht.

Das dritte große Thema war die *Verbesserung der Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Polizei* (7 Nennungen). Die Anregungen reichten von interner Aufklärungsarbeit über die Teilnahme bei der CSD-Parade bis zu klaren Ansprechpartner_innen. Drei Teilnehmende regten an, die Wahrnehmung von Diskriminierung und Gewalt und ihren Abbau durch einen jährlichen Bericht zu fördern.

Weitere Anregungen waren z.B. genderneutrale Toiletten, verbilligte Taxis in die Vorstädte sowie die Beseitigung von No-Go-Areas, wie die Mittelstraße in der Dunkelheit. In fünf Nennungen wurde zudem die Arbeit der Beauftragten explizit gelobt.

Wünsche an die Kommune wurden auch für *Themen innerhalb der Community* genutzt, was die Verwurzelung in der Region und die hohe Bereitschaft zur Teilhabe in unserer Gesellschaft zeigt. Es gab Wünsche nach Aufklärungsarbeit zu Rassismus innerhalb der Schwulenszene (2 Nennungen), mehr Awareness für Bi- und Asexualität (2 Nennungen) und bessere Kommunikation untereinander. Auch Zusammenarbeit zwischen den Städten und der Wunsch nach mehr Angeboten in Heidelberg wurden benannt (insgesamt 5 Nennungen). Eine Wiederholung bzw. Verstetigung der Befragung wurde ebenfalls gewünscht.

Die Gesamtheit der Rückmeldungen zeigt, dass die Lsbttiq Community die Wahrnehmung ihrer Themen und die Verbesserung der Sicherheitslage erwartet. Sie wünscht sich dabei eine Mitwirkungsmöglichkeit auf Augenhöhe und ist gleichzeitig auch bereit, sich aktiv einzubringen. Um die Community zu erreichen, muss sie explizit adressiert werden. So wurde z.B. deutlich, dass bestehende Instrumente zur Einschätzung von Sicherheitsfragen, wie die Heidelberger Bürgerbefragung zur Sicherheitslage von 2017 und 2009, in der Community kaum bekannt waren.

5.2. Wünsche und Anregungen an die Polizei

Mit 25 Nennungen zentrales Thema der Rückmeldung an die Polizei war der Wunsch nach *Sensibilisierungsarbeit* innerhalb der Polizei sowie *Schulungen zu LSBTTIQ*. Ebenso wurde von vielen ein konsequentes öffentliches Bekenntnis für Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie (14 Nennungen) sowie öffentlich sichtbare Ansprechpartner_innen gefordert, z.B. durch Sichtbarkeit sensibler Polizist_innen über Regenbogenzeichen an der Uniform (13 Nennungen). In diesen Zusammenhang lassen sich auch Wünsche nach Aufklärung und dem Vorgehen gegen Beamt_innen mit rechtsextremem und homo- sowie transfeindlicher Gesinnung (6 Nennungen) verorten. Seltener, aber auch diesem Bereich zuzuordnen, sind die Wünsche nach achtsamen Frauen und queeren Menschen als Mitarbeitende bei der Polizei (3 Nennungen) sowie Sensibilisierungsarbeit für Männer und die Ahndung sexisti-

scher Kommentare (2 Nennungen). Dazu gehören auch die fünf Wünsche nach professioneller Polizeiarbeit unabhängig persönlicher Meinungen.

Ein zweiter großer Bereich ist der Wunsch nach mehr *Präsenz der Polizei*. Insgesamt nannten 14 Personen die Präsenz an unsicheren Orten bzw. allgemein die Erhöhung der Sicherheit als Wunsch. Zu erwähnen ist auch, dass viermal die Polizei und ihre Arbeit ausdrücklich gelobt wurden. Die folgenden fünf Zitate geben einen Eindruck von den Rückmeldungen.

Frau, keine Angabe zur sexuellen Orientierung, 18–27 Jahre: „Ich bitte Sie, mit Aufmerksamkeit und Respekt den Menschen zu begegnen, die beide diese Dinge nicht in ihrem Alltag erfahren. Wenn ein Mensch erkennt, dass die Institution sich für ihn/sie einsetzt, vor der er immer Angst hatte, ist die Wahrscheinlichkeit sehr viel höher, dass er/sie Straftaten auch meldet.“

Mann, schwul, 18–27 Jahre: „Die Polizei sollte Veranstaltungen anbieten, die die Haltung ihrer Mitarbeiter schult bzw. zur Reflexion anregt. Zudem soll in der Öffentlichkeit ein Zeichen gesetzt werden, dass sich die Polizei Mannheim aktiv gegen Diskriminierungen jeglicher Art einsetzt.“

Mann, schwul, 28–44 Jahre: „Keine Wünsche, aber mal ein Lob für die gute Arbeit unter oft miesen Bedingungen.“

*Geschlecht nicht-binär, bisexuell, 28–44 Jahre: „Bitte machen Sie regelmäßig öffentlich deutlich, dass Sie queere Personen immer gegen Übergriffe beschützen werden (und tun Sie es auch). Bitte schulen Sie Ihre Mitarbeiter*innen zum Thema und nehmen Sie es ernst.“*

Mann, schwul, 45–64 Jahre: „Ich wüsste gern, wen ich im Falle eines Übergriffs bei der Polizei ansprechen kann.“

Sowohl die Zahl der Rückmeldungen als auch die klare inhaltliche Fokussierung zeigen, dass das Gespräch mit der Polizei gesucht wird, und es innerhalb der Lsbttiq Community einen klaren Wunsch nach Veränderung gibt. Gleichzeitig wird deutlich, dass viele Menschen an diese Veränderungen glauben und den geschützten Rahmen einer Befragung nutzen, um konstruktive Rückmeldungen zu geben. Darüber hinaus kann auch festgestellt werden, dass die bisherigen Entwicklungen innerhalb der Polizei, z.B. durch Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und das Bemühen um eine breite Ansprechbarkeit und Sensibilität, wahrgenommen werden. Lsbttiq Menschen in der Region haben den Anspruch, zu Veränderung beizutragen.

5.3. Wünsche und Anregungen an Beratungsstrukturen

Viele Befragte nahmen sich Zeit, Rückmeldungen und Wünsche zum Beratungsangebot in der Region zu schreiben. Diese Abschlussfrage war bewusst offen formuliert, um den Befragten den Raum für ihre Erfahrungen und Lebensräume auch jenseits einer Anbindung an die Lsbttiq Community zu geben. Die Sichtung der Antworten ergab allerdings, dass kaum auf traditionelle Beratungsangebote eingegangen wurde. Es gab hingegen viele Rückmeldungen zu dem Angebot aus der Community sowie den Wunsch nach mehr spezialisierter Beratung.

Wir freuen uns berichten zu dürfen, dass am häufigsten (14 Nennungen) Lob für das Angebot von PLUS, der Psychologischen Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V., formuliert wurde. Weitere 10 Teilnehmende wünschten zudem eine bessere und langfristige Finanzierung für PLUS und KOSI.MA, eine Person sprach sich für die finanzielle Förderung des Checkpoint-Angebots aus. In eine ähnliche Richtung gingen die Wünsche nach Ausweitung des (kostenfreien) Beratungsangebots (8 Nennungen) von und für Lsbttiq Menschen sowie nach einer regionalen Ausweitung dieses Beratungsangebots (5 Nennungen).

Auch für den Bereich der Beratungen war ein weiterer Schwerpunkt in dem Wunsch nach mehr Sichtbarkeit der Angebote, z.B. durch Werbung an Schulen (8 Nennungen) und mehr Aufklärungsarbeit an Schulen (4 Nennungen), festzustellen.

Des Weiteren wurden Wünsche nach einer inhaltlichen Ausweitung der Angebote benannt: mehr Selbsthilfe und Vernetzungsangebote (3 Nennungen), Ausweitung des Angebots für Kinder und Jugendliche (3 Nennungen), mehr Angebote für lesbische Frauen (2 Nennungen), mehr Angebote für Frauen (2 Nennungen), mehr Bewusstsein für Asexualität (2 Nennungen), mehr Unterstützung für Menschen mit Missbrauchserfahrung (2 Nennungen), mehr Angebote für nicht-binäre Menschen (1 Nennung). Die folgenden fünf Beispiele illustrieren die Vielzahl der Wünsche.

Frau, lesbisch, 28–44 Jahre: „Beratungsangebote in Heidelberg und in der Rhein-Neckar-Region ausbauen und sich nicht nur auf Mannheim verlassen“

Frau, lesbisch, 28–44 Jahre: „Transkinder – Queer-Workshops in Schulen mit Beratung der Eltern“

Geschlecht nicht-binär, bisexuell, 18–27 Jahre: „Mehr Angebote speziell für trans und ganz besonders nonbinäre Menschen. Das innere Coming Out ist fast immer eine extreme Krise, und auch danach wird es mit dem ständigen misgendern und der Pathologisierung durchs Gesundheitssystem nicht besser.“*

Geschlecht nicht-binär, schwul, 18–27 Jahre: „Danke Plus und allen weiteren größtenteils ehrenamtlichen Gruppen für das tolle Angebot! Ich wünsche mir da mehr Unterstützung von Politik & Verwaltung.“

Mann, schwul, 45–64 Jahre: „Ein schwul lesbisches bzw. LSBTTIQ Jugend und Kulturzentrum in Mannheim wie z.B. in Köln oder Hamburg bzw. Berlin. Schwul lesbische Wohnprojekte in Mannheim und Heidelberg“

Die Rückmeldungen machen deutlich, wie zentral der Wunsch nach spezialisierten Beratungs- und Vernetzungsangeboten ist.

6. Fazit

Die Kurzbefragung „Sicher out?“ im November 2018 traf einen Nerv innerhalb der Lsbttiq Community. Obwohl die Erhebung recht kurzfristig angekündigt wurde und nur gut zwei Wochen online war, beteiligten sich viele Menschen daran und bestätigten so die Bedeutung des Themas Sicherheit.

Die berichteten Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen zeigen für die Rhein-Neckar-Region ein hohes Maß an Gefährdung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen, queeren und nicht-binären Menschen in der Öffentlichkeit und einen deutlichen Bedarf nach Verbesserung der Situation auf. Lsbttiq Menschen reagieren auf die erlebte Diskriminierung und Gewalt mit Vermeidungsverhalten. Auch ihre Gefährdung in der Zukunft schätzen sie in realistischem Ausmaß als gegeben ein, wodurch weiteres Vermeidungsverhalten vorgebahnt ist. Damit bestätigt die vorliegende Studie, dass Lsbttiq Menschen nachhaltig in ihrer Teilhabe und Sichtbarkeit im und am öffentlichen Raum eingeschränkt sind, und einen deutlichen Bedarf nach Verbesserung der Situation besteht.

Die Art und die Häufigkeit von Diskriminierung und Gewalt werden neben der Zugehörigkeit zur Lsbttiq Community auch vom Geschlecht und rassistischer Stereotypisierung beeinflusst. Dieses Muster ist über die Jahre stabil, es lassen sich keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den beschriebenen Erfahrungen in den letzten 12 Monaten und denen der letzten 10 Jahre feststellen. Gerade vor dem Hintergrund der Hartnäckigkeit dieser Stereotypisierungs- und Diskriminierungsprozesse ist die Solidarität innerhalb der Community und der Gesellschaft von großer Bedeutung. Nachhaltige Sicherheit im öffentlichen Raum ist nur zu erreichen, wenn möglichst viele Lsbttiq Menschen selbstbewusst in der Öffentlichkeit präsent sind.

In der Folge von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen sind Freund_innen und Familie, aber auch Beratungsstellen und die Polizei relevante Ansprechpartner_innen. Vor allem bei verbalen und sexualisierten Abwertungen und Angriffen sind die Betroffenen unsicher, ob sie bei der Polizei mit Unterstützung rechnen können. Gerade die Angst, von der Polizei nicht ernst genommen und respektvoll behandelt zu werden, scheint eine große Hemmschwelle zu sein. Darum liegt genau an dieser Stelle ein wichtiger Ansatzpunkt für die Polizei, Veränderungen zu erreichen.

Lsbttiq Menschen wünschen sich konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation, in erster Linie Aufklärung und Sensibilisierung sowohl der allgemeinen Öffentlichkeit wie auch der Polizei. Aus Sicht der Befragten ist die Verbesserung ihrer Sicherheit keine ausschließliche Aufgabe der Polizei. Sie sehen diese vielmehr verbunden mit Fragen der gesellschaftlichen Aufklärung und Haltung. Sehr deutlich wird auch die Bereitschaft, sich an der Veränderung und Verbesserung der Situation aktiv zu beteiligen.

Trotz der beschriebenen Erfahrungen und der angewandten Strategien der Unsichtbarkeit erlebte der überwiegende Teil der Befragten den öffentlichen Raum als sicher. Diese Sicherheit ist aber immer noch verbunden mit vielfältigen Strategien der Vermeidung und Unsichtbarkeit. Hier zeigt sich das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Situationen einzuschätzen, geeignete Strategien zum persönlichen Schutz einzusetzen und auch Diskriminierungserfahrungen zu bewältigen. Aber gleichzeitig wird die eigene sichere Sichtbarkeit im und Teilhabe von Lsbttiq Menschen am öffentlichen Raum noch nicht als selbstverständlich und als ein von allen anderen Menschen gleichfalls geschütztes und zu schützendes Gut erlebt. Für eine zukunftsweisende Veränderung der Situation bedarf es daher einer klaren Positionierung der öffentlichen Institutionen, dass die uneingeschränkte und sichtbare Teilhabe am öffentlichen Raum gewünscht und geschützt ist und mit entsprechenden Maßnahmen gestärkt wird. Mit diesem Rückhalt können Lsbttiq Menschen gestärkt Hilfe und Unterstützung bei staatlichen Stellen suchen. Polizei und Verwaltung erhalten damit die Grundlage, passgenaue Maßnahmen zu entwickeln und einzusetzen und die Sicherheit im öffentlichen Raum auch für Lsbttiq Menschen zu verbessern.

Out and safe?! – Results of a brief survey in November 2018

How safe do lesbian, gay, bi- and transsexual, transgender, intersexual and queer (in short: lgbttiq) people feel in public areas? How naturally can they move about openly in public areas? These questions were the focus of the brief survey "Sicher Out?" ("Out and safe?") in the Rhine-Neckar region in autumn 2018 as a preparatory step for a special meeting of the Round Table on the topic 'safety'.

In the period from 3rd to 18th of November 2018, all lesbian, gay, bisexual, transsexual, transgender, queer and non-binary people in the age of 16 years and above and predominantly living in Mannheim, Heidelberg or the Rhine-Neckar district were invited to participate in the online survey "Out and safe?". The objective was to obtain an initial overview on how safe and open lesbian, gay, transgender, transsexual, bisexual, intersexual, queer and non-binary people live in Mannheim, Heidelberg or the Rhine-Neckar district and which experiences they have in public areas. An important incentive for a participation in the brief survey was the direct connection to exchange with boards of local administration and the police. Participation was explicitly desired, even if no discrimination or violence was personally experienced in public. The survey was announced in a press release of the city of Heidelberg as well as promoted via several facebook posts or ads on other social media platforms. In addition, people were specifically approached via several mailing lists of the organiser or with small business cards at community events and in bars.

The participants of the brief survey

During these two weeks, 416 people from the entire region participated in the brief survey "Out and safe?!". 41% lived in the city of Mannheim, 27% in the city of Heidelberg, 17% in the Rhine-Neckar district, and 15% did not have their place of residence in the region but were regularly staying there. The question of their sexual identity/their sex was answered by 22 respondents (5%) with the category 'non-binary' or they used terms such as "agender", "genderfluid" or "inclined towards genderfluid" to describe it. 188 respondents (45%) identified themselves as woman, among them 12 as trans woman, and 206 (50%) as man, among 188 respondents (45%) identified as women, among them 12 as trans women, and 206 (50%) as men, among them 6 as trans man. In terms of sexual orientation or identity, 19% stated same sex orientated or bisexual, 30% lesbian, 47% gay, and 4% other identifications such as asexual, queer, or undecided.

The participants covered a broad age range. 28% of the respondents were under 27 years, 35% between 28 and 44 years, and 25% 45 years and above. 11% did not answer the question of age. 3% of the respondents stated to be usually perceived as different in public areas because of their skin colour, that is to experience racial exclusion. Another 3% of the

respondents affirmed to have experienced this, not always but time and again. The major part of the respondents (89%) stated not to have had to experience this personally.

Experience within the past 12 months

Following rather general questions regarding the personal feeling of safety in public areas and various routine avoidance strategies, participants had the opportunity to report concrete personal experiences. More than half of the respondents (214) used this opportunity and provided information their experience in public areas in the categories verbal abuse, threats, damage to property, theft, physical violence, sexual harassment, attempted rape as well as rape. All sub groups were almost equally prepared to take their time to participate. In the past 12 months prior to the brief survey, 61% of these 212 people personally experienced at least one of the queried about incidents, 72% personally experienced at least one incident personally or witnessed such an incident. In the cases involving witnesses, only those incidents were used in which a clear link to lgbtiq was identifiable.

Among the various experiences of discrimination and violence verbal abuse or public exposure were most frequent – as was to be expected. 44% of the respondents were derided, insulted, verbally abused or spit at by other people during the past 12 months. It was alarming how high the incidents of sexual harassment (21%) and assaults (14%) were. The more massive the violence, the less frequent it occurred. But incidents of physical violence of 7% and three (attempted) rapes are clearly too much.

A remarkable fact in this respect is the enormous differences between the genders. The results clearly show that the classification of people based on their gender plays an important role with regard to the threat of discrimination and violence: In line with the experiences of heterosexual people, people perceived as male experience more threats in public areas (16% vs. 3%). People perceived as female on the other hand experience significantly more often sexual harassment (36% vs. 6%), sexual assault (23% vs. 6%), but also more often verbal abuse (47% vs. 39%). The survey also shows that people whose gender is perceived as ambiguous or who do not clearly reveal their identity in accordance with expectations of binary distinctiveness are massively attacked for this. They reported on average significantly more often about verbal abuse in public areas (69%) and both about physical threats (27%) and physical violence (9%) but also about sexual harassment (50%) and assault (18%).

Furthermore, it is in particular people, who are subject to racial exclusion, who are attacked more often because of their sexual identity and/or sexual orientation. Comparing among the participating lgbttiq people, they are more often verbally assaulted (62%), and significantly more often sexually harassed (38%).

Experience within the past 10 years

A comparison of the experiences of the past 12 months with those of the past 10 years shows that the reported experiences in both periods follow approximately the same pattern. Even if experiences might be forgotten or distorted by memory, there seems to exist a remaining and clear social pattern of dealing with people who are perceived as lgbttiq in public areas.

Support following discrimination and violence

Following experiences of discrimination and violence, the police are a relevant point of contact. However, it is especially following verbal assaults that many respondents do not deem it expedient to contact the police because they assume that the incident is not of sufficient relevance. The proportion of those reporting sexual harassment and sexual assault to the police is also still very low. Only 1 of 5 persons went to the police when having been threatened, physically or sexually assaulted or had to experience an attempted rape.

In principle, people over 27 years of age (20%) contacted the police more often than young people (7%). Male respondents (23%) also reported more often to the police than female respondents (12%), non-binary people did not contact the police. As a whole the respondents often mention their experience and above all also the fear not to be taken serious by the police. In our opinion, this is an important leverage point for the police to remove inhibitions and to improve accessibility for all people in the region.

Friends (39%) but also professional advice (20%) are also important points of contact where the respondents looked for support following experiences of discrimination and violence. In this respect the inhibition threshold for advice seems to be lower for women as well as non-binary and transsexual people as compared to the inhibition contacting the police.

Assessing of personal safety

Rating their safety, the respondents nevertheless arrived at a positive assessment. The major part of them felt very or rather safe in public areas (88%) - those having specified concrete experiences as a whole rated their safety even somewhat better. It has to be emphasised that transsexual and transgender people (83%) and in particular lgbttiq persons experiencing racial exclusion (78%) feel significantly less safe. In contrast, age or sexual identity as a man or woman proved to be irrelevant in this issue

Expectations of future discrimination in public areas

The expectations of lgbttiq people as to which forms of discrimination and violence they will be exposed to in public areas over the next 12 months reflect the scope and pattern of the experiences stated by the respondents. The experiences and assessments of lgbttiq people regarding their safety in the public sphere can and should therefore be heard as helpful evaluations on safety and participation issues.

Strategies of invisibility

All respondents were asked to state whether they applied certain strategies not to reveal themselves in public as lgbttiq people in the past 12 months. The items ranged from avoiding certain places to avoiding certain symbols and clothes to avoiding showing affection and to controlling body language. A very remarkable fact is the frequency of these strategies of invisibility. Only 47 (11%) of all respondents answered no to these questions. This means that 89% of the respondents are not able to appear and move in public areas as they would like to. In summary, lgbttiq people use different strategies depending on experience and expectations, but none of the subgroups are moving free of limitations – neither are younger people. People who are subject to racial exclusion significantly more often apply strategies in order not to be visible as lgbttiq. Overall, it can be said that the participation of lgbttiq people in and within the public areas is subject to massive restrictions.

Wishes and suggestions for changes

Finally, all respondents had the opportunity to address wishes and suggestions regarding the needs of lgbttiq people to municipalities and administrative representatives, to the police and consultation centres. The number as well as the contents show clearly that the majority of the respondents regards safety as a problem in society as a whole. From the respondents' point of view this is not only a matter of tasks of the police but mainly also a matter of social education and attitude as well as clear guidelines and expectations regarding the security agencies and citizens. Many expectations are orientated to the responsible persons in the local government. But feedbacks also show that a dialogue with the police is sought and that there is a clear wish for change. In this respect the majority wishes more awareness-raising work within the police and training courses. Many also demanded publicly visible contact persons, e.g. through visibility of sensitive male and female police officers through the display of rainbow signs on their uniform. The third most important item was a consequent public acknowledgment of diversity and a statement against homo- and transphobia.

Conclusion

Lesbian, gay, bisexual, transsexual, transgender, intersexual, queer and non-binary people on average do experience discrimination and violence in public areas in the Rhine-Neckar region to a relevant degree. The people respond to this with everyday avoidance behaviour and see themselves – to a realistic extent – still jeopardised in future.

Apart from this general finding, two results are to be highlighted: Safety depends on gender classification. There are significant differences between the kind of experienced discrimination and violence as well as in respect to the frequency of these experiences depending on gender and above all depending on the perceived gender unambiguity.

Racial exclusion makes vulnerable – this pattern is also true for lgbttiq people. Even though only a few people, who describe themselves as subject to racial exclusion, participated in this brief survey, it becomes obvious that they also experience discrimination and violence more often because of their gender and their sexual orientation.

Lgbttiq people in the region desire concrete measures to improve the visibility and safety of lesbian, gay, transgender, transsexual, bisexual, intersexual, queer and non-binary people in the region. Focus is mainly on education and awareness-raising. In addition, a strong signal from police, politics and authorities is needed to the effect that homophobic and transphobic behaviour is not in line with social consensus. It is up to the local and state institutions to guarantee safety and participation in and within the public areas. Suitable public awareness activities as well as a strengthening of lgbttiq groups and initiatives are an important basis in order to strengthen such a social consensus. In society, a clear identification of violence on the one hand and mutual solidarity from groups/persons outside as well as within the lgbttiq community on the other hand helps against violence. Any visible group of the lgbttiq community is important for our society.

Even if all lgbttiq people on average are affected by discrimination, it has to be acknowledged within the lgbttiq community that different forms of discrimination and violence are experienced to different degrees. This applies both to racial exclusion and gender. This should not divide us – but it should increase our solidarity. All experiences must be acknowledged and mutual support should be given. We should not let ourselves be played off against each other.

رغبات واقتراحات للتغييرات

أخيراً، أتاحت لجميع المجيبين/ات فرصة تلبية رغباتهم/ن ومقترحاتهم/ن فيما يتعلق باحتياجاتهم/ن إلى البلديات والممثلين الإداريين والشرطة ومراكز الاستشارة. يوضح الرقم كمحتويات أن غالبية المشاركين يعتبرون السلامة مشكلة في المجتمع ككل. من وجهة نظر المجيبين/ات ، فإن الأمر لا يتعلق فقط بمهام الشرطة ولكن أيضاً في المقام الأول يتعلق بالتنقيف الاجتماعي والموقف الاجتماعي ، فضلاً عن الإرشادات والتوقعات الواضحة فيما يتعلق بالأجهزة الأمنية والمواطنين. يتم توجيه العديد من التوقعات إلى الأشخاص المسؤولين في الحكومة المحلية. لكن التعليقات تظهر أيضاً أن الحوار مع الشرطة مطلوب وأن هناك رغبة واضحة في التغيير. وفي هذا الصدد ، تتمنى الأغلبية المزيد من أعمال التوعية داخل مكاتب الشرطة ودورها التدريبية. طالب كثيرون أيضاً بأشخاص اتصال مرئيين علناً ، على سبيل المثال من خلال رؤية ضباط الشرطة من الذكور والإناث المعنيين من خلال عرض علامات قوس قزح على الزي الرسمي. وكان العنصر الثالث الأكثر أهمية هو الاعتراف بالتنوع ومكافحة رهاب المثليين والمثليات وعابري و عابرات الهوية الجندرية (Homophobia and Transphobia)

الاستنتاجات

المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري وعابرات الهوية الجندرية وثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي يواجهون التمييز والعنف في المناطق العامة في منطقة راين نيكار إلى حد ما. يستجيب الناس لهذا من خلال سلوك تجنب الحياة اليومية (ستراتيجيات الاختباء)، ويرون أنفسهم إلى حد واقعي لا يزالون معرضين للخطر في المستقبل.

بصرف النظر عن هذا الاستنتاج العام ، يجب إبراز نتيجتين: تعتمد السلامة على تصنيف النوع الاجتماعي . هناك اختلافات بين نوع التمييز والعنف. فيما يتعلق بتكرار هذه التجارب حسب الجنس ووفقاً للغموض الملحوظ بين الجنسين.

الإقصاء العنصري يجعل المجتمع عرضة للخطر . هذا النمط هو صحيح أيضاً بالنسبة لمجتمع المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري وعابرات الهوية الجندرية وثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي . على الرغم من أن قلة قليلة من الأشخاص الذين يصفون أنفسهم بأنهم عرضة للإقصاء العنصري شاركوا في هذا الاستقصاء الموجز يصبح من الواضح أنهم يتعرضون أكثر للتمييز والعنف بسبب ميولهم الجنسي و هويتهم الجندرية .

يرغب مجتمع "الميم كاف" في المنطقة في اتخاذ تدابير ملموسة لتحسين الظهور وسلامة المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري وعابرات الهوية الجندرية وثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي المقيمين في المنطقة.

يجب التركيز بشكل أساسي على التعليم ورفع الوعي. بالإضافة إلى ذلك هناك حاجة إلى إشارة قوية من الشرطة والسياسة والسلطات مفادها أن رهاب المثليين والمثليات وعابري وعابرات الهوية الجندرية (homophobia/transphobia) لا يتماشى مع الاتفاق الاجتماعي العام. الأمر متروك للمؤسسات المحلية ومؤسسات الدولة لضمان السلامة والمشاركة في المناطق العامة وداخلها. تعد الأنشطة التوعوية العامة المناسبة وكذلك تعزيز مجموعات "الميم كاف" أساساً مهماً من أجل تعزيز هذا الاتفاق الاجتماعي العام. في المجتمع ، يساعد التحديد الواضح للعنف من جهة والتضامن المتبادل من المجموعات والأشخاص من الخارج وكذلك من الداخل في مجتمع "الميم كاف" من جهة أخرى على مكافحة العنف.

أي مجموعة مرئية من مجتمع "الميم كاف" مهمة لمجتمعنا.

حتى لو تأثر جميع مجتمع المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري وعابرات الهوية الجندرية وثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي لتمييز ، لا بد من الاعتراف داخل مجتمع "الميم كاف" بأن أشكال التمييز والعنف المختلفة تعاني بدرجات مختلفة. وهذا ينطبق على كل من الإقصاء العرقي والإقصاء على أساس النوع الاجتماعي. هذا لا ينبغي أن يفرضنا لكن يجب أن يزيد تضامننا. يجب علينا الاعتراف بجميع التجارب وتقديم الدعم متبادل لبعضنا البعض ولا ينبغي أن نكون ضد بعضنا.

الدعم بعد التمييز والعنف

بعد تجارب التمييز والعنف ، تعد الشرطة نقطة اتصال ذات صلة. ومع ذلك ، فإنه لا سيما بعد الاعتداءات اللفظية أن العديد من المجيبين/ت لا يرون أنه من المناسب الاتصال بالشرطة لأنهم يفترضون أن الحادث ليس ذا صلة كافية . كما أن نسبة الذين يبلغون عن التحرش الجنسي والاعتداء الجنسي على الشرطة لا تزال منخفضة للغاية. فقط 1 من 5 أشخاص ذهب إلى الشرطة عندما تعرضوا للتهديد أو الاعتداء الجسدي أو الجنسي أو تعرضوا لمحاولة اغتصاب. بشكل عام ، اتصل الأشخاص الذين تزيد أعمارهم عن 27 عامًا (20%) بالشرطة أكثر من الشباب (7%). أبلغ المستجيبون الذكور (23%) الشرطة في كثير من الأحيان أكثر من المجيبات الإناث (12%) ، الأشخاص ولا تثنائي النوع الاجتماعي لم يتصلوا بالشرطة. بشكل عام ، غالبًا ما يذكر المجيبون تجربتهم ، ووفوق ذلك الخوف أيضًا من ألا تؤخذ على محمل الجد من قبل الشرطة في رأينا ، هذه نقطة ضغط مهمة للشرطة لإزالة الموانع وتحسين إمكانية الوصول لجميع الناس في المنطقة.

الأصدقاء (39%) ولكن أيضا المشورة المهنية (20%) هي أيضا نقاط اتصال هامة. حيث توصل المجيبون/ت إلى دعمهم بعد تجربة التمييز والعنف. في هذا الصدد يبدو أن عائق كبح للمشورة أقل بالنسبة للنساء ، وكذلك للأشخاص وعابري و عبارات الهوية الجندرية و لا تثنائي النوع الاجتماعي مقارنة بكبح الذي الإتصال بالشرطة.

تقييم السلامة الشخصية

تقييم لسلامتهم/ن، وصل المشاركون/ت إلى تقييم إيجابي. شعر الجزء الأكبر منهم بالأمان أو شبه آمن في المناطق العامة (88%) أولئك الذين حددوا تجارب ملموسة ككل صنّفوا سلامتهم بشكل أفضل . يجب التأكيد على أنواع عابري و عبارات الهوية الجندرية (83%) وخاصة الأشخاص المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري و عبارات الهوية الجندرية و تثنائي الجنس ولا تثنائي النوع الاجتماعي الذين يتعرضون للإقصاء العنصري (78%) يشعرون بقدر أقل من الأمان. وفي المقابل ، فإن السن أو الهوية كرجل أو امرأة لا صلة لها بهذه المسألة.

التوقعات المتعلقة بالتمييز في المستقبل في المساحات العامة

إن توقعات الأشخاص مجتمع المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري و عبارات الهوية الجندرية وتثنائي الجنس ولا تثنائي النوع الاجتماعي بشأن أشكال التمييز والعنف التي سيتعرضون لها في الأماكن العامة على مدى الأشهر الـ 12 المقبلة. تعكس مجال ونمط التجارب التي ذكرها المستجيبون/ت. فإن تجاربهم/هن وتقييماتهم/ن فيما يتعلق بسلامتهم/ن في المجال العام يمكن وينبغي بالتالي سماعها كتقييمات مفيدة بشأن قضايا السلامة والمشاركة.

ستراتيجيات الاختباء

طلب من جميع المجيبين/ت أن يذكروا ما إذا كانوا قد طبقوا استراتيجيات معينة لعدم الكشف عن ميولهم/ن الجنسية أو هويتهم/ن الجندرية في الأماكن العامة الأشهر الـ 12 الماضية تراوحت الإجابة من تجنب أماكن معينة إلى تجنب بعض الرموز والملابس إلى تجنب إظهار المودة والسيطرة على لغة الجسد. حقيقة لافتة للنظر جدا هي تواتر هذه الاستراتيجيات للتحفي. اجاب 47 (11%) فقط من المجيبين/ت بلا على هذه الأسئلة. هذا يعني أن 89% من المستطلعين غير قادرين على الظهور والتحرك في الأماكن العامة بالطريقة التي يرغبون فيها. باختصار ، يستخدم الأشخاص المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري و عبارات الهوية الجندرية وتثنائي الجنس ولا تثنائي النوع الاجتماعي استراتيجيات مختلفة بناءً على خبرتهم/ن وتوقعاتهم/ن. ولكن لا أحد من المجموعات الفرعية يتحرك متحررا من القيود بما في ذلك الشباب. الأشخاص الذين يتعرضون للإقصاء العنصري يطبقون استراتيجيات أكثر من الآخرين بشكل ملحوظ في كثير من الأحيان حتى لا يظهروا أنهم من مجتمع المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري و عبارات الهوية الجندرية وتثنائي الجنس ولا تثنائي النوع الاجتماعي بشكل عام، يمكن القول أن مشاركة مجتمع "الميم كاف" في المناطق العامة ودخلها تخضع لقيود هائلة.

تجربة خلال الـ 12 شهرا الماضية

بعد الأسئلة العامة ما فيما يتعلق بالشعور الشخصي بالأمان في الأماكن العامة واستراتيجيات التجنب المختلفة ، أُتيحت الفرصة للمتشاركين/ات للتحدث عن التجارب الشخصية الملموسة. اغتتم أكثر من نصف المجيبين/ات (212) هذه الفرصة وقدموا معلومات عن تجربتهم/هن في المناطق العامة في فئات الإساءة اللفظية والتهديدات والأضرار التي لحقت بالمتلكات والسرقة والعنف البدني والتحرش الجنسي ومحاولات الاعتصاب و الاعتصاب. وكانت جميع المجموعات الفرعية مستعدة على قدم المساواة تقريبا لاستغلال وقتها للمشاركة.

في الاثني عشر شهرا الماضية التي سبقت الدراسة الاستقصائية الموجزة، 61% من هؤلاء الـ 212 شخص تعرضوا شخصيا لحادث واحد على الأقل من الحوادث المطروحة في الاستبيان، 72 % شخصيا مروا بحادثة واحدة على الأقل أو شهدوا امامهم مثل هذا الحادث حيث كان واضح أن الحافز كان متعلق بالميل الجنسي و/أو بالهوية/التعبير الجندري. من بين التجارب المختلفة للتمييز والعنف ، كانت الإساءة اللفظية أو الكشف العلني الأكثر شيوعاً كما كان متوقعا. 45% من المجيبين/ات تعرضوا للسخرة أو الإهانة أو الإساءة اللفظية أو البصق من قبل أشخاص آخرين خلال الـ 12 شهرا الماضية. من المثير للقلق مدى ارتفاع حوادث التحرش الجنسي (21%) والاعتداءات الجنسية (14%). وكلما زاد العنف حدة ، قل تواتر حدوثه. ولكن من الواضح أن حوادث العنف الجسدي التي بلغت 7% وثلاث حالات (محاولة) اغتصاب مبالغ فيها.

ومن الحقائق البارزة في هذا الصدد الاختلافات الهائلة بين الجنسين. وتبين النتائج بوضوح أن تصنيف الأشخاص على أساس نوع جنسهم يؤدي دورا هاما فيما يتعلق بخطر التمييز والعنف. تمشيا مع تجارب الأشخاص المغيري الميول الجنسي ، يتعرض الأشخاص الذين يُنظر إليهم على أنهم ذكور إلى المزيد من التهديدات في المناطق العامة (16 % مقابل 3 %). الأشخاص الذين يُنظر إليهم على أنهم أنثى من ناحية أخرى ، يتعرضون في كثير من الأحيان للتحرش الجنسي (36% مقابل 6 %). والاعتداءات الجنسية (23% مقابل 6%) ، ولكن أيضا في كثير من الأحيان الإساءة اللفظية (47 % مقابل 39%). يُظهر الاستطلاع أيضا أن الأشخاص الذين تعتبر هويتهم الجندرية غامضة أو الذين لا يكشفون عن هويتهم بوضوح وفقاً لتوقعات مفهوم الجندر الثنائي يتعرضون لهجوم واسع النطاق لهذا الغرض. فقد تحدثوا في المتوسط بشكل ملحوظ في كثير من الأحيان عن الإساءة اللفظية في المناطق العامة (69 %) وكلاهما يتعلق بالتهديدات البدنية (27 %) والعنف البدني (9 %) ولكن أيضا عن التحرش الجنسي (50 %) والاعتداءات الجنسية (18 %).

علاوة على ذلك ، فإن الأشخاص الذين يتعرضون للإقصاء العرقي هم الذين يتعرضون للهجوم أكثر من غيرهم بسبب هويتهم الجنسية و / أو ميلهم الجنسي. . مقارنة بين المشاركين المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي و مزدوجات الميل الجنسي وعابري و عبارات الهوية الجنسية و ثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي فإنهم يتعرضون في كثير من الأحيان للاعتداء اللفظي (62 %) ، وغالبا ما يتعرضون للتحرش الجنسي (38 %).

تجربة خلال الـ 10 سنوات الماضية

توضح مقارنة تجارب الأشهر الـ 12 الماضية مع تجارب السنوات العشر الماضية أن التجارب المبلغ عنها في كلتا الفترتين تتبع نفس النمط تقريبا. حتى إذا كانت التجارب قد تُنسى أو تشوهها الذاكرة ، فيبدو أنه يوجد نمط اجتماعي واضح للتعامل مع الأشخاص الذين يُنظر إليهم على أنهم من المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي و مزدوجات الميل الجنسي وعابري و عبارات الهوية الجندرية و ثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي

خارج/ة وآمن/ة؟! نتائج دراسة استقصائية موجزة في نوفمبر 2018.

ما مدى شعور مجتمع المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري و عابرات الهوية الجندرية و ثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي (اختصار مجموعات الميم كافتiq lgbtt) في الأماكن العامة؟ كيف يمكن لهم/ن التحرك بحرية في الأماكن العامة؟ كانت هذه الأسئلة محور تركيز الدراسة الاستقصائية القصيرة (Sicher out خارج/ة وآمن/ة؟!) في منطقة الراين نكار Rhein-neckar في خريف عام 2018 كخطوة تحضيرية لعقد اجتماع خاص للمائدة المستديرة حول موضوع "السلامة".

من 3 إلى 18 نوفمبر 2018 تم استدعاء المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري وعابرات الهوية الجندرية وثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي ممن يبلغون من العمر 16 عامًا وما فوق ويعيشون غالباً في مانهايم أو هايدلبرغ أو منطقة راين نيكار للمشاركة في الاستبيان عبر الإنترنت خارج/ة وآمن/ة؟! كان الهدف من ذلك هو الحصول على نظرة عامة مبدئية حول سلامة مجتمع المثليين والمثليات جنسياً ومزدوجي ومزدوجات الميل الجنسي وعابري وعابرات الهوية الجندرية وثنائي الجنس ولا ثنائي النوع الاجتماعي المقيمين في مانهايم أو هايدلبرغ أو منطقة راين نيكار وتجاربهم/ن بالأماكن العامة. كانت المشاركة مطلوبة حتى لو لم يشهد الشخص شخصياً تمييز أو عنف في الأماكن العامة تم الإعلان عن الاستبيان في بيان صحفي لمدينة هايدلبرغ كما تم الترويج له عبر العديد من المنشورات والإعلانات في الفيسبوك و مواقع التواصل الاجتماعي الأخرى. بالإضافة إلى ذلك، تم الاتصال بالأشخاص على وجه التحديد عبر عدة قوائم بريدية للمنظمين أو ببطاقات عمل صغيرة في المناسبات المجتمعية وفي الحانات.

المشاركون/ت في الاستطلاع الموجز

خلال هذين الأسبوعين شارك 416 شخصاً من المنطقة بأكملها في الاستطلاع الموجز "خارج/ة وآمن/ة؟! " حيث يعيش 41% منهم في مدينة مانهايم، و27% في مدينة هايدلبرغ، و17% في منطقة راين نيكار، و15% ليس لديهم/ن مكان إقامة في المنطقة ولكنهم يقيمون بانتظام هناك.

أجاب 22 شخصاً (5%) عن هويتهم الجندرية / جنسهم مع الفئة "لا لثنائية" أو استخدموا مصطلحات مثل "agender" أو "genderfluid" أو "يميلون أكثر إلى "genderfluid" لوصفها. 188 من المجيبين (44%) عرفوا أنفسهم بأنهم نساء، من بينهن 12 عابرة الهوية (trans woman) و 206 (50%) كرجال، من بينهم 6 عابري الهوية (transman). فيما يتعلق بالميل أو الهوية الجنسية، صرح 19% بأنهم/ن يميلون إلى نفس الجنس أو إلى كلا الجنسين، و30% من المثليات، و 47% من المثليين، و 4% من الهويات الأخرى كالأجناسيين، كوير، أو هوية غير محددة.

غطى المشاركون/ات مجموعة واسعة من العمر. كان 28% من المستطلعين/ات أقل من 27 عاماً و 35% بين 28 و 44 عاماً و 25% / 45 عاماً فما فوق. 11% لم يردوا على سؤال العمر. وذكر 3% من المجيبين/ات أنهم عادة ما يتم النظر لهم/ن في المناطق العامة كمختلفين/ات بسبب لون بشرتهم، أي أنهم يعانون من الاستبعاد العنصري. وأكد 3% آخرون من المجيبين/ات أنهم عانوا من هذا، ليس بصفة دائمة ولكن في بعض الأحيان. وقد ذكر الجزء الرئيسي من المجيبين (89%) أنه لم يعانون من هذا الاستبعاد العنصري شخصياً.

Impressum

Margret Göth & Angela Jäger
Sicher out?! – Ergebnisse einer Kurzbefragung im November 2018

Herausgegeben von



PLUS.

Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V.

Kooperation mit

Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg, LSBTTIQ Beauftragter Danijel Cubelic
Stadt Mannheim, LSBTI-Beauftragter Sören Landmann

Übersetzer_innen:

Isabelle Jahraus, Fachübersetzungen, Mannheim.
Rzouga Selmi, Heidelberg.

Grafik/Fotos:

Fuchs & Otter, Heidelberg

Layout und Satz:

Andreas Kröneck – Büro für Kommunikation & Creation, Mannheim

Zu beziehen über:

PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e.V.
Max-Joseph-Str. 1, 68167 Mannheim

Autorinnen

Margret Göth, geb. Reipen, Dipl. Psych., app. Psych. Psychotherapeutin und app. Psych. Kinder- und Jugendtherapeutin. Seit 1999 Beraterin und Mitglied der Geschäftsführung von PLUS e.V. Mehrere Veröffentlichungen im Auftrag von PLUS. Mit Ralph Kohn Autorin von „Sexuelle Orientierung in Psychotherapie und Beratung“ (Springer, 2014).

Angela Jäger, Dipl.-Soz.wiss., wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Forschungsinstitut. Seit 2011 PLUS-Vorstand, 2012 bis 2019 Mitglied des Sprechendenrats des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg. Hierbei Mitarbeit an mehreren Veröffentlichungen, dem Themenheft sowie der Broschüre „Coming-Out – Alles was du wissen solltest!“

SICHER  OUT?